Bezugspreis

In Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Sechsundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 80. Halle a. S., Sonnabend, den 17. Februar. 1912.

Mb. Deutscher Reichstag.

7. Sitzung, Freitag, den 16. Februar.

Am Tische des Bundesrats: v. Bethmann Hollweg, Delbrück, Wermuth, Lisco, von Heeringen, v. Tirpitz, Krätke u. a.

Das Haus ist mäßig stark besetzt.

Präs. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Die Generaldebatte zum Etat.

(Dritter Tag.)

v. Payer (Vp.):

Die Thronrede gibt weder Anlaß zur Aufregung, noch zur Befriedigung. Sie spricht von dem Ausfall der Wahlen und den schauderhaften Folgen und zeigt dann eine Gelassenheit und gewisse Hoffnungsfreudigkeit. Nicht einverstanden bin ich mit der Thronrede in bezug auf die Feststellung der Gesundung der Finanzen. Wenn man den Kurs unserer Reichsschatzanweisungen und Schuldverschreibungen ansieht, wenn man den Etat und die Rede des Schatzsekretärs dagegenhält, so wird man doch etwas pessimistisch. Prächtig freilich hat der Staatssekretär die Entstehungsgeschichte unserer Finanzkalamität geschildert; ich habe noch nie etwas so einwandfreies aus dem Reichsschatzamt gehört. (Heiterkeit.) Wie oft haben wir darauf hingewiesen, daß man nicht ungestraft die Gesetze der Volkswirtschaft verletzen dürfe. Jetzt sagt auch der Schatzsekretär das wahre Wort: **Keine Ausgabe ohne Deckung in bar Geld.** Mit goldenen Buchstaben sollte man diese Worte hier oben auf die noch freie Wand malen und darunter die Namen aller der Herren der verbündeten Regierungen und des Reichstages setzen, die 15 Jahre lang gewohnheitsmäßig gegen diesen Satz gehandelt haben. (Heiterkeit.)

Es ist dieser Tage von der Abschwächung der Gegensätze die Rede gewesen. Wir von der Volkspartei sind recht gut und munter durch den Winter gekommen und sind in diesen Tagen mit mehr Vertrauen und Ehren bedacht worden, als unsere angeborene Bescheidenheit eigentlich zuließ. (Heiterkeit.) Unsere Mandatsverluste sind ausgeglichen durch die Zunahme unserer Stimmen. Gewiß auch uns freut es nicht, daß wir die Plätze, die wir Jahrzehnte inne hatten, an andere abtreten müssen, aber einen Vorteil hat die Platzverschiebung doch. Klarer als alle mathematischen Berechnungen und jede Kalkulation illustriert das Ergebnis ders Reichstagswahlen der schmale Gang, der hier durch den Saal gezogen worden ist und der die Halbscheid bildet zwischen rechts und links. Früher war das Zentrum mit Recht die Partei der Mitte; jetzt sitzt es rechts und hat den Anspruch auf seinen Namen verloren. Wir warten mit großer Neugier auf den neuen Vorschlag. (Heiterkeit) Die Wahlen haben unwiderleglich erwiesen, daß die weitüberragende Mehrheit des deutschen Volkes die Politik der letzten Jahre auf das schärfste verurteilt hat. Graf Westarp hat sich darüber leicht mit dem Zitat hinweggefunden, daß Mehrheit Unsinn ist. Man kann so etwas leicht sagen, wenn man wie der Urheber dieses Wortes über eine sehr große persönliche Autorität verfügt; beim Grafen Westarp reicht es noch nicht so weit. (Heiterkeit.) Außerdem ist der Trost fadenscheinig. Die Wenigen brauchen durchaus nicht bei der Minderheit zu sitzen. Es steht fest, daß die agrarisch konservative Hochflut im Rückgang ist.

Herr v. Heydebrand ist mit der Parole in den Wahlkampf gezogen: **Biegen oder brechen!** Er hat sein Ziel erreicht. Der Bogen ist gebrochen und wird nie wieder geleimt werden. Die privilegierte Stellung der Konservativen ist verloren gegangen. Der Glaube an ihre Ueberlegenheit ist dahinn, er wird nie seine Auferstehung feiern. (Sehr gut! links.) Auch wir bedauern das Anwachsen der sozialdemokratischen Mandate. Wir freuen uns aber, daß die Sozialdemokratie jetzt zur praktischen Arbeit gezwungen wird. Gar manchem von der äußersten Linken wären weniger Mandate lieber gewesen, wenn er damit die Verantwortung los würde. Bis jetzt haben die Sozialdemokraten stets die Rosinen aus dem Kuchen genommen und das Backen andern überlassen. Sie haben mitleidslos kritisiert, aber nicht praktisch gearbeitet. Jetzt wollen die Sozialdemokraten mitarbeiten. Ich weiß nicht, welche Tonart Herr Ledebour anschlagen wird (Heiterkeit), aber Herr Frank hat gestern keine spezifisch sozialdemokratische Rede gehalten, sondern eine allgemeine demokratische. (Sehr richtig!) Auch bei der äußersten Linken regt sich also das Verantwortungsgefühl.

Welches sind die Ursachen der sozialdemokratischen Erfolge? (Zuruf rechts: Die Agitation!) Wenn es darauf nur ankäme, dann müßte ja der Bund der Landwirte glänzend abgeschnitten sein. (Heitere Zustimmung links.) Die Hauptursache ist die allgemeine Verbitterung, die Unzufriedenheit über den Mangel an Rücksichtnahme aufs Volk. Wo bleibt die neue Wahlkreiseinteilung? Das schlimmste aber ist die dauernde Steigerung der Lebensmittelpreise. Die Regierung aber hilft nicht, wo sie helfen kann, sondern nimmt Rücksicht auf maßgebende Parteien. Das Volk fühlt, daß mit zweierlei Maß gemessen wird. Steuern werden auf Steuern gehäuft, eine ist immer ungerechter als die andere. Je leistungsfähiger eine Bevölkerungsschicht ist, desto größer ist ihre Neigung, sich von den Steuern zu drücken. Schon jetzt hat die Rechte mit dem Zentrum wieder die Nachlaßsteuer verworfen. Haben Sie noch immer nichts gelernt. Gerade die Ablehnung dieser Steuer und alle die Heydebrandschen Schlagworte vom lückenlosen Zolltarif haben Hunderttausende von roten Stimmzetteln geschaffen. (Zustimmung links.)

Der Freiherr von Zedlitz hat Ihnen von der Rechten ja schon ins Gewissen geredet. Wir haben da nichts hinzuzufügen. Es muß ein Wandel kommen. Aber da stellt sich der Schatzsekretär hin und singt mit schmetternder Stimme ein Loblied auf die ungerechte Finanzreform. Herr v. Dallwitz aber wirft den Beamten Eidbruch vor. Damit wird nichts gebessert. Und wenn wieder Wahlen kommen sollten — ob bald, oder später — dann werden noch **eine Million rote Stimmzettel** mehr abgegeben werden. Das kann nur verhindert werden, wenn Sie uns folgen und eine gerechte Politik treiben. Wir Liberalen werden nur einer gerechten Steuer — der Nachlaßsteuer — zustimmen. Die Rechte und das Zentrum lehnen sie ab. Nun mag sich die Regierung aus dem Dilemma heraushelfen. (Heiterkeit.) Folgen Sie unseren Vorschlägen. **Wir sind das letzte Bollwerk gegen die Sozialdemokratie.** (Lebhafter Beifall b. d. Liberalen, Gelächter rechts und im Zentrum.) Nicht wir haben den roten Hahn auf dieses Haus gesetzt! Aber die Rechte ist nicht nur der Schrittmacher der Sozialdemokratie. Sie hat die Sozialdemokratie mit ihrer egoistischen Politik gezüchtet. (Lebhafte Zustimmung links, Gelächter rechts.) **Wir sind stolz auf unsere Stichwahlparole.** Sie war ganz konsequent, weil es gegen den schwarzblauen Block ging. Vorwürfe darüber könnte uns nur eine Partei in diesem Hause machen, die noch nie mit den Sozialdemokraten verhandelt hat. Es meldet sich niemand! (Große Heiterkeit.) Sie alle haben schon das getan, was Sie uns vorwerfen. Sie alle haben schon direkt oder indirekt einem Sozialdemokraten in den Sattel geholfen. Sie wagen es gar nicht zu leugnen! Also bleiben Sie uns mit deplazierten Vorwürfen vom Leibe. (Beifall b. d. Liberalen.) Nun hat sich die „Nordd. Allgem. Ztg." erlaubt, unsere Stichwahlparole abfällig zu kritisieren. Sie hat dabei Ausdrücke gebraucht, wie man sie sonst nur in Wahlflugblättern gewöhnt ist. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob der Reichskanzler Einfluß auf das Blatt hat? (Heiterkeit.) Wenn ja, dann soll er den Mann, der von allen guten Geistern verlassen zu sein scheint, in die gebührenden Schranken zurückweisen. (Beifall links.)

Die auswärtige Politik. Wir bitten dringend, bei der Anstellung im diplomatischen Dienst nur nach der Tüchtigkeit zu gehen. Bessere Verhältnisse wünschen wir mit Dänemark, obgleich einige preußische verhältnismäßig subalterne Beamte mit Fanatismus dagegen arbeiten. Das System der Geheimverträge muß verschwinden. Licht und Luft auch in der Diplomatie. Die Mission Haldanes war da ein Sonnenstrahl nach trüben Tagen. Beginnt endlich die Vernunft auch im Verkehr zwischen den Völkern zu siegen? Wir verlangen eine neue Wahlkreiseinteilung und die Einführung der Verhältniswahl. Denn der moderne Wahlkampf verlangt außergewöhnliche körperliche und geistige Anstrengungen. Wir haben Wahlkreise, die man immer wieder erwerben muß, um sie zu besitzen. Da muß bei der Auswahl der Kandidaten erst gefragt werden, ob einer auch die Anstrengungen aushält. Die Wahlsitten werden dadurch nicht besser. Der Kandidat muß eine unverwüstliche Gesundheit und eine ungewöhnliche dicke Haut haben. (Heitere Zustimmung.) Das sind die ersten Voraussetzungen, wenn man in dieses Haus kommen will. (Heiterkeit.) Das hat aber gewisse Bedenken. Dem Wahlkampf muß der Stachel genommen werden. Mehr Reinlichkeit! So würde unser politisches Leben gesünder werden. Die Gründung des Wehrvereins war nicht notwendig. Der Redner verweist dann auf die Anträge seiner Partei, fordert die Suspendierung der Futtermittelzölle, die Aufhebung des Kartoffelzolles, was besonders auf die Stimmung der Bevölkerung sehr günstig wirken würde. Weiter befürwortet der Redner die Herabsetzung der Altersgrenze in der Reichsversicherungsordnung von 70 auf 65 Jahre. Die Kämpfe bei der Präsidentenwahl waren eine Kinderkrankheit, die in einigen Jahren überwunden sein wird. Man muß sich mit der gegebenen Situation abfinden. Es liegt gar kein Grund zum Pessimismus vor. Schon viele Parlamente mit schwankenden Mehrheiten haben sich sehr gut bewährt. Gewandte Regierungen haben große Vorteile daraus gezogen. Ich habe keine Sorge für die Zukunft dieses Hauses, dem man den Totenschein schon gleich nach den Wahlen in die Wiege legen wollte. Es wird keine Totenfeier geben. Alle Parteien werden mitarbeiten. Das Zentrum hat bereits sich für ruhige und sachliche Mitarbeit erklärt. Wir erklären uns ebenfalls nicht nur für ruhige und sachliche, sondern auch für vorurteilsfreie Mitarbeit. (Heiterkeit.) Wir haben im Gegensatz zum Zentrum bereits gezeigt, daß es uns mit unserem Wollen ernst ist. Das werden wir auch in Zukunft tun. (Lebhafter Beifall links.)

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg:

Meine Herren, mir scheint es darauf anzukommen, daß ich die Stellung der verbündeten Regierungen zu den Wahlen und zu den Ergebnissen der Wahlen darlege. Darauf will ich mich beschränken. Die rückwärts gerichteten Vorwürfe gegen die Regierung, die wir gestern vom Abgeordneten Speck und auch sonst gehört haben, halte ich für ungerecht, vor allem den Vorwurf, die Regierung hätte nichts zur Aufklärung über die Finanzreform getan oder nicht zur rechten Zeit. Darüber hat sich eine Legende gebildet. Wenn die Herren die Güte haben wollten, die erste Rede nachzusehen, die ich im Winter 1909 vor dem Reichstage gehalten habe, so werden Sie finden, daß ich die Notwendigkeit des Zustandekommens der damaligen Finanzgesetzgebung und ihre Annahme durch die verbündeten Regierungen von vornherein scharf betont habe. Ich habe damals und dann wieder darauf hingewiesen, daß nur so unsere Finanzen wieder hergestellt werden könnten, daß das Zustandekommen der Finanzreform eine notwendige Voraussetzung der Gesundung unserer Finanzen ist. Und durch eine große Anzahl von Pressemitteilungen ist Front gemacht worden gegen die unrichtige Darstellung des Verhältnisses der einzelnen Steuern gegen einander. Des näheren können Sie sich ja darüber beim Herrn Schatzsekretär erkundigen.

Eines habe ich nicht getan: **Ich habe die Ablehnung der Erbanfallsteuer nicht verteidigt** (Lebhaftes Bravo links) oder schärfer gesagt: **Ich habe die Art und Weise nicht verteidigt, wie sich die Konservativen und das Zentrum damals gegen die Erbanfallsteuer festgelegt haben.** (Lebhafter Beifall links.) Wie hätte ich auch das machen sollen, nachdem die verbündeten Regierungen gerade diese Steuer mit besonderem Nachdruck gefordert hatten und angesichts der Möglichkeit, daß das Reich auf diese Steuern zurückkommt? (Zustimmung links.) Der Abgeordnete Speck hat gestern für den Fall, daß die Regierung diese Art von Besitzsteuer doch wieder bringen sollte, das als eine Brüskierung der Parteien bezeichnet, welche den damaligen Entwurf abgelehnt haben. Das ist ein sehr starkes Wort (Lebhaftes Hört, hört, links), hinter dem sich manche Ansprüche verbergen, die ich nicht anerkennen kann. Die Regierung bringt ihre Vorlagen nach sachlichen Gesichtspunkten ein. Da sollte von Brüskierung nicht gesprochen werden. (Sehr richtig! links.)

Die Bemerkung des Abg. Speck hat mir aber zu gleicher Zeit gezeigt, wie die Erbschaftssteuer weit über ihre wirkliche Bedeutung hinaus zu einer hochpolitischen Frage erhoben worden ist. (Sehr richtig!) Meine Herren, und was ist das Ergebnis gewesen? **Dort auf der Linken sitzen die lachenden Erben** (Heiterkeit.) Daß das so kommen mußte, meine Herren, war von Anfang an mit Händen zu greifen. Deshalb habe ich immer wieder die bürgerlichen Parteien gemahnt, sich nicht bis auf die Knochen zu zerfleischen. Der Sammelruf ist verspottet worden; er ist bezeichnet worden als unzeitgemäß, als veraltet. Meine Herren, **die Zeit wird kommen, wo der Sammelruf nicht bloß von der Regierungsbank aus, sondern aus der Mitte des Volkes ertönt.** (Lachen der Sozialdemokraten.) Warten Sie nur die Zeit ab, sie wird schon kommen. Deshalb habe ich auch in den Wahlen bis zum letzten Augenblick die gemeinsamen Interessen des Bürgertums gegenüber der Sozialdemokratie zur Geltung zu bringen versucht. Erfolg habe ich damit nicht gehabt. (Heiterkeit links.)

Aber, meine Herren, ich habe meine Pflicht getan (mit erhobener Stimme): **Und meine Pflicht gegenüber der Monarchie und gegenüber dem Lande war es, darauf hinzuweisen, welche Verwirrung im Volke entstehen muß,** wenn die Scheidelinien zwischen den Grundanschauungen über Staat und Gesellschaft, die in den bürgerlichen Parteien und in der Sozialdemokratie herrschen, von den bürgerlichen Parteien selbst ins Nebelhafte verwischt werden. (Lebhafte Zustimmung, Lachen auf der äußersten Linken.) Meine Herren, wir haben da merkwürdige Dinge erlebt, als es 1907 gelang, die sozialdemokratische Fraktion auf die Hälfte ihrer Sitze zu reduzieren, da ging ein Jubel durch das konservative und liberale Bürgertum, und heute? Der Feind von vor 5 Jahren hat 110 Mandate errungen, und wieder jubelt der Liberalismus. (Große Heiterkeit.) Ich begreife ja daß die Liberalen eine Genugtuung darüber empfinden, daß die Konservativen und das Zentrum geschwächt wurden, aber der Schade, der dem politischen Gegner zugefügt wurde, ist lange nicht so groß, zumal ein tertius gaudens vorhanden ist, wie die Sozialdemokratie. Warum haben Sie denn da gejubelt? Ueber den Sieg einer Partei, deren Niederlage Sie vor 5 Jahren ebenso laut begrüßt haben? Was hat sich denn in der Zwischenzeit ereignet? (Sehr richtig! rechts, Unruhe links, Lärm.) Wie erklärt sich Ihre Freude und was hat sich in der Zwischenzeit geändert? Etwa die Sozialdemokratie? (Sehr richtig! rechts.) Ja, die Herren würden es mir sehr übel nehmen, wenn ich sie für fähig halten würde, auch nur ein Titelchen von ihren Dogmen abzulassen — von ihren Dogmen des Klassenkampfes, **der Todfeindschaft gegen diese Gesellschaft** und gegen den monarchischen Staat. Und wie sich der Revisionismus entwickeln wird! Nun, m. H., das müssen wir zunächst abwarten. (Heiterkeit.) Aber selbst, wenn unter den 110 Sozialdemokraten doch gewiß eine große Anzahl von Revisionisten vorhanden ist, und diese auch nicht den monarchischen Staat mit Gewalt durch die Republik und die bestehende bürgerliche Gesellschaft durch die sozialdemokratische ersetzen können — meine Herren, eines können auch die Revisionisten nicht lassen: **auch sie arbeiten daran, den monarchischen Sinn des Volkes zu untergraben.** (Sehr richtig! rechts und Lachen links.)

Sie diskreditieren das Gefüge des Staates und predigen den erbitterten Klassenkampf. Ich entsinne mich, wie vor einigen Jahren der Abg. Heine, der ja wohl auch zu den Revisionisten gehört, dem Abg. Junck gegenüber das bekannte Wort aus der „Antigone" dahin umkehrte: Nicht mitzulieben, mitzuhassen bin ich da. Was durch einen solchen Terrorismus, was durch **die Revolutionierung der Köpfe** angerichtet wird, ich brauche es Ihnen nicht zu schildern. Sie, soeben aus dem Wahlkampf zurückgekehrt, werden es besser wissen, als ich. (Sehr richtig! links und Heiterkeit bei den Soz.) Glauben Sie, daß auf so verwüstetem Boden die Früchte wachsen können, die der bürgerliche Liberalismus gedeihen zu sehen wünscht? Ich glaube es nicht. Ich kann also den Entschluß der Fortschrittspartei, Großblockpolitik zu treiben und die Vorgänge in der nationalliberalen Partei, deren Zeugen wir gewesen sind, nicht darauf zurückführen, daß die Sozialdemokratie sich gewandelt hat.

Was sich gewandelt hat, ist der Liberalismus (Sehr richtig! rechts). Der ist weiter nach links gegangen (Sehr richtig! rechts). Ich teile ja den Eindruck, dem Abg. v. Payer soeben Ausdruck gegeben hat, daß gestern und heute es hier im Hause ruhig zugegangen ist und ich habe den dringenden Wunsch, daß die Arbeiten des Reichstages sich in derselben Weise abwickeln werden. Trotzdem, meine Herren, hier im hohen Hause sitzen viele alte und erfahrene Parlamentarier, aber ich glaube, es gibt keinen unter ihnen, der schon einer **derartigen unsicheren politischen Lage** gegenüber gestanden hat, wie die war, unter deren Auspizien jetzt der Reichstag zusammengetreten ist. Ich komme auf den Punkt zurück, von dem Herr v. Payer zuletzt gesprochen hat: **von der einst v. Bennigsen geführten liberalen Fraktion haben zahlreiche Abgeordnete sich bereit gezeigt, Herrn Bebel, dem Urheber des Wortes von der Todfeindschaft gegen die Gesellschaft, das höchste Amt zu übertragen, das der Deutsche Reichstag zu vergeben hat.** (Beifall der Soz., Große Unruhe und Lachen rechts.) Und dann, meine Herren, ist zum **Vizepräsidenten** ein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt worden, der **Worte gegen unser Kaiserhaus gebraucht** hat, die . . . (die folgenden Worte des Reichskanzlers gehen unter der tosenden Unruhe, die im ganzen Hause ausbricht, unter). Meine Herren, soll das **die Antwort sein, auf die ruhige, vertrauensvolle Sprache der Thronrede?** Und soll damit die Begriffsverwirrung der Mitläufer der Sozialdemokratie sanktioniert werden? (Bravo! rechts.) Und nun verlangen Sie, daß wegen des Ausfalls der Wahl die **Regierungspolitik neu orientiert** werden soll? Herr v. Payer meinte, die Wahlen seien ein Verdikt über die Politik, die die verbündeten Regierungen in den letzten Jahren mit der bisherigen Mehrheit getrieben hätten (Sehr richtig! bei den Soz.).

Nun, meine Herren, nennen Sie mir ein großes Gesetz von den zahlreichen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, an denen Herr v. Payer und seine Freunde nicht mitgearbeitet haben. Das Verdikt würde sich dann auch gegen Sie richten. Soll ich nun die Politik neu orientieren wegen der 110 sozialdemokratischen Mandate? Nein, meine Herren, es hat sehr viel Uneinigkeit im Bürgertum dazu gehört, daß diese gewählt worden sind. Oder etwa wegen der 4¼ Millionen Wahlstimmen? Nun, in dem Stimmzettelhaufen, auf den Sie so stolz sind, steckt sehr viel Glaube an die Ungefährlichkeit der Sozialdemokratie. Wenn die Sozialdemokratie einmal **von großen Worten zu gefährlichen Taten schreiten wird**, dann wird das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120217016/fragment/page=0001

Brüssen mit der großen Stimmzettelsahl schon aufhören. Jede große, das Volk bewegende Frage stellt Sie vor die Alternative, entweder auf einen Teil Ihrer Wahlstimmen, oder einen Teil Ihres aufschweifenden Programms zu verzichten. (Sehr richtig! rechts. Lachen b. d. Soz.) Meine Herren, warum erregt das Ihre Heiterkeit so? Seien Sie doch einmal ganz offen: Auf Ihrem letzten Parteitage und während der letzten Wahlen sind Sie sehr vorsichtig gewesen, Ihre antinationalen Tendenzen nicht in den Vordergrund zu stellen. (Lärm bei den Soz.) Meine Herren, daß das deutsche Volk antinationale Tendenzen nicht verträgt — (großer Lärm links, Zurufe), dann will ich also sagen, Ihre internationalen Tendenzen, dann werden Sie mir zugeben, daß bei der Stimmung, in der das deutsche Volk sich befand, Sie damit nicht rechnen konnten. Und, meine Herren, der Glaube, daß Ihre 4¼ Millionen Wähler mit Ihnen Tobsende dieses Staates und dieser Gesellschaft seien, das ist ein Zweifel an der gesunden Kraft unseres Volkes, der nicht gerechtfertigt wird durch die Fortschritte auf allen Gebieten, die unsere Nation gemacht hat, und der keinem beikommen kann, der unser Volk liebt und achtet. (Beifall, Zurufe links.) Meine Herren, ich kann aus den gegenwärtigen Zuständen nur die Konsequenz ziehen, daß die Regierung fest auf ihren eigenen Füßen stehen muß. (Lachen b. Soz.) Und das es da kein Schwanken gibt!

Sie, meine Herren Sozialdemokraten, und Ihre nächsten Nachbarn (Heiterkeit rechts) halten die unsichere politische allgemeine Lage für den richtigen Zeitpunkt, um unser demokratisches Wahlrecht noch weiter zu demokratisieren und um durch eine Erweiterung der sogenannten konstitutionellen Garantien unsere Reichsverfassung von Grund aus zu ändern. Zu einer weiteren Demokratisierung unseres Wahlrechts und zu einem Angriff auf die Grundlagen der Reichsverfassung werde ich die Hand nicht bieten. (Lebhafter Beifall rechts.) Unser Wahlrecht leidet an vielen Mängeln. Das wird von allen Seiten zugegeben. Die Riesenkreise, die mit dem Durchschnitt nicht mehr im Verhältnis stehen, mögen ein solcher Mangel sein. Aber es gibt auch noch andere Mängel (Sehr richtig!); z. B. die Moral oder vielmehr die Unmoral der Stichwahl. (Sehr richtig!) Wir haben es so oft erlebt, daß eine bürgerliche Partei bei Stichwahlen in den meisten Wahlkreisen vertragsmäßig mit den Sozialdemokraten gemeinsame Sache machte (Hört, hört! rechts) und daß dieselbe bürgerliche Partei in anderen Kreisen es als einen Verrat am Vaterlande und am Staate brandmarkte, für den Sozialdemokraten zu stimmen. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Herr von Payer ist so sehr böse gewesen über die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Nun, die Wahlleitung in dem betreffenden Berliner Wahlkreise ist gar nicht bestrebt gewesen, ihre Wahlflugblätter geheim zu halten, oder hat sich gar der Ausdrücke darin geschämt. Ich war selbst Wähler in diesem Wahlkreise (Heiterkeit und Hört! Hört!), und jeden Tag bekam ich an meine eigene Person adressierte und verschlossene Kuverts mit Fünf-Pfennig-Marke beklebt, darin waren diese Wahlflugblätter (Heiterkeit), also ich sollte mir diese Wahlflugblätter zu Gemüte ziehen (Heiterkeit). Man hatte keine Zweifel an meiner Gesinnungstüchtigkeit bei der Wahl zwischen dem Fortschrittsmann und einem Sozialdemokraten. (Große Heiterkeit.) Nach dieser kurzen Abschweifung —: Ich sagte, unser Wahlrecht hat seine Mängel; ich nannte die Stichwahlen; nenne die mangelnde Vertretung der Minoritäten an alle die Schäden, welche überhaupt aus einer Uebertreibung des nackten Zahlenprinzips hervorgehen. (Aha! links.) Ja, meine Herren, wenn Sie alle die Schäden mitheilen wollen, dann läßt sich so über die Sache reden. Aber ich glaube, m. H., wer an diesem Wahlrecht andere Mängel als die der zahlenmäßigen Ungleichheiten entdeckt und offen bekennt, der wird als ein Staatsverbrecher verfemt. Und nur wer dem Götzen der reinen Zahl huldigt, der ist ein Volksfreund

Meine Herren! Sie wollen dann weiter die verfassungsmäßige bestehende politische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers unter eine rechtlich wirksame Aufsicht des Reichstags stellen. Ich habe bisher nicht gewußt, daß in der Geschichte des Deutschen Reichstags je ein Fall vorgekommen wäre, wo das Fehlen der Befugnis des Reichstags als ein schwerer politischer Mangel empfunden worden wäre. (Sehr richtig! rechts.) M. H.! Der Antrag ist eine Geburt der Doktrin. (Sehr richtig! rechts.) Er ist gewissermaßen die Bewilligung von Parlamentsrechten auf Vorrat. Von praktischem Wert könnte die Sache nur sein als Etappe auf dem Wege zur Parlamentsherrschaft. M. H., nur ein vom Kaiser und König von Preußen abhängiger Kanzler ist das notwendige Gegengewicht gegen das freieste aller Wahlrechte, das seinerzeit vom Fürsten Bismarck nur unter der Voraussetzung gegeben wurde, daß Bundesrat und Reichskanzler ihre Selbständigkeit behaupten. (Sehr richtig! rechts.) Der Wahlsieg der Sozialdemokraten und die Unklarheit der Orientierung der bürgerlichen Parteien untereinander ist kein Grund für, sondern nur ein Grund mehr (Lebhafter Beifall rechts), gegen alle Versuche, die Kompetenzen zwischen Kaiser und Reich, zwischen Bundesrat und Parlament zu verschieben. (Beifall rechts, Zuruf v. d. Soz.: Nun gerade nicht!) Nun gerade nicht — ist ein Ausdruck, den ich auf diese Beweisführung nicht gerade anwenden wollte; aber ich will Ihnen einen anderen Grund sagen, weshalb ich mich auch dagegen ausspreche. Mit solchen Experimenten, mit solchen theoretischen Demonstrationen heilen Sie nicht die Schäden unseres politischen Lebens. (Zuruf v. d. Soz.: Die werden Sie heilen!).

In allen Schichten unseres Volkes und, wie ich glaube, in allen Parteien steckt tief die Sehnsucht danach, unser Staatsleben mit großen Aufgaben zu erfüllen (Zustimmung), Ziele zu zeigen, um deren Erreichung sich der Kampf lohnt (Sehr richtig!), die uns zwingen, unsere Blicke abzulenken von den widerwärtigen Zänkereien der letzten Jahre (Sehr richtig! rechts), sie wieder nach vorwärts zu richten. (Die Sozialdemokraten nehmen das Wort „vorwärts" auf und rufen es dem Reichskanzler mit höhnischem Gelächter zu.) Diese Aufgaben, meine Herren, liegen aber nicht in der Richtung einer weiteren Demokratisierung. (Beifall rechts, Gelächter auf der Linken.) Und noch eins möchte ich den Theoretikern zurufen: Deutschlands Lage in der Welt ist nicht unangefochten genug, als daß wir auf eine straffe Organisation verzichten könnten (Sehr richtig! rechts), der Friede in Europa ist niemals mehr gefährdet gewesen, als dann, wenn Deutschland in Desorganisation verfiel (Sehr richtig! rechts), und das Vaterland war es, das dann mit einer Einbuße an Macht, an Ansehen und an Kultur büßen mußte. (Sehr richtig! rechts.) Wir brauchen eine Festigkeit und Stetigkeit in unserer Politik, ohne Extravaganzen nach rechts und nach links. (Unruhe links, Rufe rechts: Ruhe!)

Wir haben noch keinen Mangel an Aufgaben, gestern ist von verschiedenen Rednern den Sätzen der Thronrede über die Sozialpolitik eine weite Interpretation gegeben worden, mit vollem Recht. Es ist hingewiesen worden auf die Notwendigkeit, die selbständigen wirtschaftlichen Existenzen des Mittelstandes zu erhalten und zu vermehren (Beifall rechts und im Zentrum und auf den Bänken der Linken). Es ist berührt worden die Wohnungsfrage, die Frage der inneren Kolonisation. Es ist hingewiesen worden auf den großen Komplex von Fragen, die mit den Machtfaktoren im Zusammenhang stehen, welche das Koalitionsrecht der industriellen Arbeiter in unseren wirtschaftlichen und sozialen Leben neu ersehen lassen. Es ist hingewiesen worden auf eine Verbesserung unseres Steuerwesens durch Monopole. Meine Herren, nicht alle diese Aufgaben gehören zur Kompetenz des Reiches; aber sie alle sind von gewaltiger Wichtigkeit für die Zukunft unseres Volkes, und wenn ein großer Teil von diesen Aufgaben auch noch nicht reif genug ist, um die Lösung sofort in die Hand zu nehmen, so wird einem arbeitsfrohen Reichstag doch nicht bange zu sein brauchen um Arbeitslosigkeit und um Stagnation; auch dann nicht, wenn diesem Reichstag gegenwärtig nur ein Pensum vorliegt, das in den zu gewärtigenden Heeresvorlagen und dem Staatsangehörigengesetz, in der Wirtschaftspolitik nicht wesentlich neues bringt.

Aber, meine Herren, das Eine muß ich wiederholen: Wir werden diese große Aufgabe nur lösen können, wenn das Bürgertum des alten Hadern vergißt, wenn es bereit ist, an die Erreichung großer Aufgaben auch große Mittel zu wenden, wenn es entschlossen ist zur Verteidigung der hohen Güter, die wir in unserer bestehenden Staatsordnung besitzen, und wenn es sich bewußt bleibt, daß das ganze Bürgertum zugleich die Interessen praktisch zu vertreten hat, mit denen die Millionen deutscher Arbeiter an das Vaterland gefesselt sind. (Beifall rechts.) Meine Herren, das Deutsche Reich kann weder reaktionär noch radikal regiert werden. (Große Bewegung.) Wer das versuchen wollte, der würde den besten Teil des Volkes von der Mitarbeit ausschließen. (Unruhe und Lachen der Soz.) Wenn von der einen oder anderen Seite die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien höher bewertet werden als die Gegensätze zwischen dem Bürgertum und der Sozialdemokratie, dann wird der Gegensatz konservativ und liberal vernichtet. Dieser Gegensatz ist notwendig und heilsam. Unheilvoll aber wäre es, wenn wir unsere Politik nach den Polen: Sozialdemokrat oder Reaktionär orientieren wollten. Ich würde gegen diesen Gegensatz mich stets mit aller Entschiedenheit aussprechen, ob es den Ultras recht ist oder nicht. Unser wirtschaftliches und geistiges Leben erfordert die Anspannung aller Kräfte unserer Nation. In früheren Epochen unserer Geschichte mag Zeit gewesen sein für quelles allemands, heute nicht mehr. Ein Staat, der seine Tüchtigkeit durch Uneinigkeit lähmt, den wird die Weltgeschichte erbarmungslos zu Boden treten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Fürst Radziwill (Pole):

Unsere Fraktion muß selbständig vorgehen, denn sie findet bei keiner Partei die notwendige Unterstützung, bei der Regierung schon gar nicht. Wir vertreten die Interessen der polnischen Bevölkerung, die treu zur Kirche und zu der von Gott eingesetzten Obrigkeit steht. In der zivilisierten Welt muß ein Schrei der Entrüstung laut werden über die Art, wie man in Preußen der polnischen Bevölkerung das Wohnen auf der heimischen Scholle erschwert. Die Wehrvorlagen werden wir gewissenhaft prüfen und das bewilligen, was von uns als notwendig anerkannt wird. Die soziale Fürsorge muß im Geiste der Gerechtigkeit fortgeführt werden.

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Die bedeutende Rede des Reichskanzlers hat mit erfreulicher Deutlichkeit gezeigt, daß die verbündeten Regierungen gewillt sind, mit aller Kraft der weiteren Demokratisierung des Reiches entgegenzutreten. Das erfüllt uns mit lebhafter Genugtuung. Wir werden mit dem Kanzler für die Aufrechterhaltung der kaiserlichen Macht eintreten. Seinem Aufruf zur Einigung der bürgerlichen Parteien schließen wir uns völlig an. (Hurrah-Rufe links.) Wir hoffen, daß diese Rede einen starken Eindruck im Lande machen wird.

Der Redner fordert eine starke Ostmarkenpolitik. Das wichtigste Ereignis dieser Etatsberatung war die gestrige Erklärung des Reichskanzlers über England. Die Verständigung mit England wird möglich sein, wenn man uns in England als Großmacht respektiert und allmählich einsieht, daß die Welt für alle Raum bietet. (Zuruf von den Polen: Auch für die Polen!) Die Polen kommen für diese Frage nur insofern in Betracht, als sie vielleicht alles tun werden, um diese Verständigung zu hinterreiben. (Widerspruch bei den Polen und Unruhe.) Auch müssen die englischen Minister Reden vermeiden, die vielleicht nicht so schlimm gemeint werden, aber doch bei uns sehr verstimmt haben. Die Oeffentlichkeit hat sich gerade in den letzten Jahren weit kriegerischer gezeigt, als die Kabinette. Die Engländer haben weniger Respekt vor den deutschen Arbeiterbataillonen als vor den Gardebataillonen. In der Steuerfrage soll doch endlich einmal Ruhe eintreten, auf Jahre hinaus nach dem großen Opfer, das wir bei der Finanzreform gebracht haben. (Lachen links.) Sollte eine neue Steuer notwendig werden, so käme in erster Linie eine Zuwachssteuer auf das mobile Kapital in Frage.

Die Erbschaftssteuer hat im Wahlkampf nur deshalb eine solche Rolle gespielt, weil die Leute darüber angelogen worden sind, daß doch schon die Besteuerung des „reichen Onkels" beseitigt. (Beifall und Unruhe.) Meine engeren Parteifreunde haben ja für die Erbschaftssteuer gestimmt, wir sind also objektiv. Ich bedauere lebhaft, daß bei der Reichsfinanzreform keine Verständigung mit den Nationalliberalen zustande gekommen ist; dann wäre die Zündholzsteuer vielleicht vermieden worden, eine der törichsten Steuern, die es gibt, die bei weitem nicht so viel Ertrag bringt als Verdruß und Aerger. (Sehr richtig!) Mit der Schecksteuer steht es nicht ganz so schlimm; vielleicht hätte sonst Herr Bassermann doch seine Dividendensteuer hervorgeholt. Sie sehen also, wie sind nicht so schlimm, wie wir uns alle bei den Wahlen gegenseitig gemacht haben. (Heiterkeit.) Mit den Sozialdemokraten ist ja auch in Steuerfragen eine Verständigung nicht möglich; denn sie treten ja außer für die Erbschaftssteuer, die sie aber doch schließlich ablehnen würden (Widerspruch der Soz.), nur für eine Vermögens- und Reichseinkommensteuer ein; das widerspricht aber der Verfassung.

Der Liberalismus ist aus dem Wahlkampf geschwächt an Zahl und Ansehen hervorgegangen; seine innere Zerklüftung hat sich recht deutlich bei der Präsidentenwahl gezeigt, und dabei wurde zuerst ein Mitglied des Zentrums zum Präsidenten gewählt! Das Zentrum in diesem Reichstag, stärker als im vorigen, und das durch die Schuld des Liberalismus, mit dem wir sonst gern zusammengegangen wären. Bei der positiven Arbeit sind wir mehr als früher auf das Zentrum angewiesen, auf eine solche bei der Sozialdemokratie ist sicher nicht zu rechnen. Wenn der Abg. Junck das Wort, die Entwickelung steht nicht still, auf die Sozialdemokratie anwendet, warum soll es dann nicht für die Nationalliberalen gelten? Wenn die Sozialdemokratie nationalliberal werden soll, ist das nicht der rechte Augenblick (Heiterkeit). An der Bismarckschen Schutzpolitik halten wir unbedingt fest. Eine unverzeihliche Schwäche ist es, daß man einen Staat im Staate, wie die Sozialdemokratie, hat aufkommen lassen. Sie steht außerhalb der Parteien, weil sie die Verfassung nicht anerkennt. Ihr Anspruch auf einen Präsidentenposten ist also sinnlos. Wir sind eine kleine Partei, eine Fortschrittspartei auf konservativer Grundlage. Die Zukunft gehört uns. (Beifall b. d. Reichspartei, Heiterkeit links.)

Abg. Mumm (Wirtsch. Vgg.):

Der Sozialdemokratie sehen wir die Sozialreform entgegen. Im Volke lebt noch viel Mannhaftigkeit. 1½ Millionen haben die christlichen Arbeiter aufgebracht. Das ist ein Hoffnungsstrahl. Vor dem Richterstuhl der Geschichte werden diejenigen Parteien, die dem Reiche die notwendigen Mittel verweigerten, dereinst dastehen wie die Fortschrittspartei der sechziger Jahre. Die Zündholzsteuer sollte durch eine andere ersetzt werden. Vielleicht legt uns Herr Bassermann seinen Dividendensteuerantrag vor. Wir würden ihm ein kräftiges Bravo zurufen. Eine wirksame Besteuerung des spekulativen Großkapitals ist notwendig. Die Sozialdemokratie sollte uns in dem Kampfe gegen den Mammonismus unterstützen. Aber vielleicht gehen rote und goldene Internationale wieder zusammen. Der Redner fordert die Solidarität aller schaffenden Stände. Schuld an allem Unheil ist die unheilvolle Massenpresse. (Heiterkeit links.) In aufdringlicher Weise wird das „Berliner Tageblatt" auf den Wahnhöfen feilgeboten. Da sollte das Reichseisenbahnamt einschreiten. (Unruhe links.) Dr. Frank wollte gestern Orden verteilen für Verdienste um die Sozialdemokratie. Er mag nach der Jerusalemer- und der Kochstraße in Berlin gehen, wo in gewissen Redaktionen Leute mit 8000jährigem Stammbaum sitzen, die diese Orden wohl verdient haben. (Lachen links.) Der Redner spricht dann gegen den Schmutz in Wort und Bild. Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben.

Abg. Frhr. von Scheele (Welfe)

fordert Sozialpolitik für den Mittelstand und befürwortet die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre in der Reichsversicherungsordnung. Dieser Reichstag wird ein Parlament des Kampfes sein. Jetzt herrscht nur ein fauler Frieden. Wir protestieren gegen die Kriegervereine, die uns im Wahlkampfe beschimpft und verleumdet haben. Besonders die „Parole" des Reichskriegerverbandes hat uns als Hochverräter und Reichsfeinde in unerhörter Weise beleidigt. Wir lassen uns aber von keiner Partei an treudeutscher Gesinnung übertreffen.

Abg. Graf v. Posadowsky (b. k. F.):

Alle Wahlaufrufe und Wahlartikel sollten alsbald vollständig vernichtet werden, denn ein künftiger Tacitus der deutschen Geschichte, der die Personen und Verhältnisse unseres Vaterlandes danach beurteilen sollte, würde den leitenden politischen Männern etwa die Charakterrolle gewisser römischer Kaiser geben und unser deutsches Volk etwa wie die Parther und Scythen charakterisieren (Sehr gut! Die Ansprüche an die Kandidaten sind ungeheuerlich. Der Abgeordnete wird geradezu von jedem einzelnen Wähler massiert. (Heiterkeit.) Es ist geradezu verderblich, was alles den Wählern versprochen wird. Dieses fortgesetzte Umschmeicheln des Volkes mit Versprechungen, die wirtschaftlich und finanziell unrealisierbar sind, ist eine Gefahr für unser ganzes politisches Leben. Ueber die entschiedene und ausgezeichnete Rede des Schatzsekretärs könnte man als Motto die Worte setzen: „Ich schnitt es gern in alte Rinden ein, ich grüb' es gern in jeden Kieselstein: Ich brauche Geld!" (Große Heiterkeit.)

Die Finanzreform hat, das ist ihr größtes Verdienst, wieder eine ordentliche Tilgung der Reichsschuld ermöglicht und dadurch unseren Kredit in der Welt gehoben. Der Standpunkt des Schatzsekretärs ist durchaus korrekt, daß die Tilgungsvorschriften streng eingehalten werden. Unsere Staatsanleihen stehen sogar niedriger als die italienischen. Das kommt daher, daß wir nicht rechtzeitig die nötigen Steuern gefordert und statt dessen den Markt mit Anleihepapieren überschwemmt haben. Alle Bemühungen, den Kurs der Anleihen zu heben, indem man gewisse Korporationen verpflichtet, einen Teil ihres Vermögens in diesen Papieren anzulegen, werden nichts nützen, wenn wir in der alten Schuldenwirtschaft verharren. Wir brauchen neue Steuern für die neue Wehrvorlage. Verzeihen Sie, wenn ich manchmal ein Lächeln habe über die parlamentarischen Verhandlungen über Militärvorlagen. Wer in dieser ganzen Versammlung ist in der Lage, wirklich objektiv, sachverständig zu beurteilen, ob in dem Verhältnis zu den anderen Armeen eine Verstärkung unseres Heeres notwendig ist und für welche Teile. (Beifall rechts, Lachen und Unruhe im Zentrum und auf der Linken.) Dazu muß man ein Mann von Sachkenntnis haben und ein umfangreiches Material studiert haben, wozu der Laie nicht imstande ist. (Beifall und Widerspruch.)

Gegenüber den Militärvorlagen gibt es nur zwei Standpunkte: Entweder man hat Vertrauen zur Militärverwaltung, und dann muß man ja die Forderungen bewilligen. (Hört, hört!) Und ich glaube, unsere Militärverwaltung hat, wo sie in der Lage ist, die Tüchtigkeit unserer Armee zu zeigen, sich das Vertrauen verdient. Oder man hat kein Vertrauen, dann muß man logischerweise die ganze Militärvorlage ablehnen; denn einer Verwaltung, zu der man kein Vertrauen hat, kann man nicht Millionen anvertrauen. (Hört, hört; und Bewegung.) Das Rückrat unserer Verteidigung ist schließlich doch die Landarmee, das Schicksal Deutschlands wird an den Grenzen im Osten und Westen entschieden. Aber man kann unmöglich alle zwei Jahre neue Steuern fordern. (Stürmische Zustimmung links und im Zentrum.) Wir besorgen damit nur die Geschäfte des Radikalismus. Die Lasten in den Staaten verteilen sich auf die verschiedensten Korporationen — Staat, Gemeinde, Wege-, Kirchenlasten usw. usw. Dem Steuerzahler ist es ganz egal, an wen er zahlt, es kommt nur darauf an, was er zahlt.

Unsere Steuerbelastung in Deutschland ist recht hoch und mahnt zur Vorsicht. (Lebhafter Beifall.) Die Ausgaben für die Landesverteidigung sind eine Versicherungsprämie. Die höchste Versicherungsprämie hat der zu zahlen, der das meiste zu versichern hat. (Sehr richtig!) Und wes sind die besitzenden Klassen. (Stürmischer Beifall bei den Soz.) Nun ist es ja eigentlich eine Chimäre, daß die besitzenden Klassen allein die Reichslasten tragen können. (Sehr wahr!) Ohne indirekte Steuern wird es also auch in Zukunft nicht gehen. Aber es ist Pflicht der besitzenden Klassen, eine Vorbelastung zu übernehmen. (Beifall.) Der Engländer hat ein ausgezeichnetes Bild; er sagt von manchen Politikern, sie sitzen auf dem Zaune, dann kann man nämlich rechts oder links herunter. (Stürmische Heiterkeit. Zurufe von links: Sie sitzen auf dem Zaune, Herr Graf!) Lord Churchill hat unter dem donnernden Beifall des Hauses erklärt: Wenn es sich handle um die Verteidigung des Vaterlandes, dann werden alle Klassen der englischen Gesellschaft treu die Hand bieten, um die Mittel hierzu zu beschaffen — selbst die Reichsten. (Die Sozialdemokraten klopfen auf den Tisch und in die Hände.) Das deutsche Volk, wenn es darauf ankommt, Forderungen zu erfüllen, die die Ehre des Vaterlandes stellt, wird hinter dem Engländer nicht zurückstehen. (Stürmischer Beifall. Die Sozialdemokraten rufen: Selbst die Reichsten!) Ebenso wie wir verlangen, daß nur befähigte Generale an der Spitze des Heeres stehen, ebenso müssen wir fordern, daß an der Spitze der Diplomatie nur Männer sind, die unzweifelhaft der Höhe ihrer Aufgaben gewachsen sind. (Lebhafte Zustimmung links. Zuruf: Namen nennen!) Nomina sunt odiosa! (Große Heiterkeit.)

Im Grunde handelt es sich bei allen diplomatischen Konflikten um wirtschaftliche Fragen. Es darf daher niemand einen diplomatischen Posten bekommen der nicht außer gründlichen staatsrechtlichen Kenntnissen auch die volkswirtschaftlichen Kenntnisse hat. (Beifall links.) Neben guter gesellschaftlicher Erziehung, persönlichem Können und reichem Wissen ist unbedingt die Befähigung notwendig. Die Repräsentation ist neben den großen Fragen unserer Zeit vollkommen Nebensache. (Zustimmung links.) Das ungeheure Wachstum der Sozialdemokratie ist nicht das Werk ihrer Führer. Das wäre eine Ueberschätzung dieser Persönlichkeiten. (Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie ist langsam unter der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft emporgewachsen. Wenn sie diese Bedeutung in Deutschland erlangt hat, wie in keinem anderen Staate der Welt, so tragen Regierung und bürgerliche Gesellschaft einen erheblichen Teil der Schuld. (Hört! Hört!) Man hat lange Zeit vergehen lassen, ehe man sich um das Los der ärmeren Volksklassen wirklich gekümmert hat. (Sehr richtig! links.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120217016/fragment/page=0002

Unzweifelhaft ist es die unbedingte Aufgabe des Staates, die Ordnung und Ruhe des Staates zu schützen, auch die Rechtssphäre jedes einzelnen Arbeiters muß geschützt werden. Mit Gewalt kann man eine Partei von viereinviertel Millionen Wählern nicht besiegen. Das ist eine Richtung unseres Volkes, durch die wir hindurchmüssen. Gedanken sperrt man nicht ein. Die Gewaltpolitiker sind im großen Irrtum. Eine Bewegung von dieser Bedeutung heilt man nicht mit Solinger Klingen, sondern mit salomonischer Weisheit. Der Revisionismus ist ebenso gefährlich wie der Radikalismus. Ich bedaure immer, daß die Sozialdemokratie sich noch die Zeremonie der Ablehnung des Etats erlaubt. Denn wenn er wirklich abgelehnt würde, so würden in erster Linie die Arbeiter darunter leiden.

Die Sozialdemokratie muß durch den Revisionismus hindurch, um sich wieder in der bürgerlichen Gesellschaft zurechtzufinden. (Hört! Hört!) Sie kann sich nur ganz allmählich zurückentwickeln. Niemand kann hoffen, daß die Sozialdemokratie auf einmal austirbt, und ihre bisherigen Mitglieder sich bei den bürgerlichen Parteien melden. Das gibt es nicht. Die Sozialdemokratie ist eine phantastische Entwickelung. (Widerspruch bei den Soz.) Sie hat ein phantastisches Programm. (Widerspruch bei den Soz.) Es ist die Ausgeburt spekulativer Bureaukratie, zu denken, daß an Stelle der Millionen Unternehmer der Staat als Generalunternehmer eintritt. An eine Erfüllung des Sozialdemokratischen Programms ist nicht zu denken. Man bekämpft die Sozialdemokratie aber nicht durch Polemik, denn durch ewiges Zuhämmern macht man aus Eisen nur Stahl. Man kann nur auf Widerstand wirken, indem man dem Volk klar macht, daß die sozialdemokratischen Agitatoren das Volk durch unmögliche Forderungen totfüttern wolle. (Widerspruch bei den Soz.)

Nun zu den liberalen Parteien. Diese scheinen aus taktischen Gründen in eine gewisse Fühlung mit der Sozialdemokratie getreten zu sein, daher das Schlagwort: Front gegen rechts. Das ist aber nicht richtig. Die Liberalen haben auf ein falsches Pferd gesetzt und sie werden ihren Einsatz verlieren. (Widerspruch bei den Liberalen.) Das ist bedauerlich. Angesichts der hohen Verdienste, die sich die Liberalen in der Zeit nach 1870 um die Entwicklung des Reichsgedankens erworben haben. Jetzt hat der liberale Gedanke in Deutschland seine Schwerkraft verloren, weil er auf dem Markte der öffentlichen Meinung von der Sozialdemokratie überboten wird und eine urteilslose Menge das glaubt. Deshalb muß der Liberalismus Anschluß nach rechts finden. (Widerspruch bei den Liberalen.)

Gestern wurde gesagt, der Reichstag müsse mehr Rechte haben. Gewiß, das müssen alle Parteien anerkennen, daß der Reichstag Großes für das Vaterland geleistet hat, ich meine aber, die parlamentarische Macht einer gesetzgebenden Versammlung beruht nicht auf dem geschriebenen Buchstaben. Das zeigt sich auch in England, dem klassischen Lande des Parlamentarismus: Der Einfluß des Parlaments beruht auf dem politischen Augenmaß seiner Führer und auf der Selbstbeschränkung in der Vertretung von Forderungen, die mit den Interessen des Landes unvereinbar sind. (Sehr richtig! rechts.)

In dem Nachtrag zum Sozialistischen Handbuch von 1911 steht eine köstliche Bemerkung, es heißt da: „Fürst Bismarck war ein preußischer Ministerpräsident, der durch das deutsche Volk zum Heros aufgepufft worden ist.“ (Heiterkeit.) Ich wünschte, daß recht bald wieder Männer erscheinen möchten, die das deutsche Volk in der Zeit der politischen Verwirrung zum Heros ausrufen kann, Männer, die imstande sind, das politische Defizit wieder auszugleichen, unter dem wir seit dem Ausscheiden jenes großen Staatsmannes leiden. (Beifall.) Gegen das allgemeine Wahlrecht sind vielfach heftige Angriffe gerichtet worden. Ich habe aus dem Studium der verschiedenen Wahlrechte ersehen, daß wir eigentlich das radikalste Wahlrecht haben, das es gibt. Und ich glaube, heute würde ein solches Wahlrecht selbst von diesem Reichstage nicht angenommen werden. (Widerspruch links.)

Aber ich halte es für politisch gefährlich, fortgesetzt Angriffe gegen dieses Wahlrecht zu richten, denn es sind Angriffe, hinter denen nicht die Tat steht und nicht stehen kann. Der Redner spricht über die Wahlkreiseinteilung, ein Divisionsexempel darf man daraus nicht machen. Es ist schon traurig genug, daß jeder fünfte Deutsche ein Großstädter ist.

Der Redner spricht über das Verhältnis zu England. Wir können uns herzlich freuen, zu einer Verständigung mit einem Volke zu kommen, das so viele ausgezeichnete Eigenschaften hat und mit dem uns so viele ehrenvolle geschichtliche Erinnerungen verbinden. Aber das deutsche Volk wächst schnell und hat großen Unternehmungsgeist, und wir müssen deshalb verlangen, daß es in der Lage ist, die Wege zu finden, wie es seine wirtschaftliche Tätigkeit und seinen Unternehmungsgeist außerhalb der engeren Grenzen des Vaterlandes betätigen kann.

England beherrscht vier Fünftel der bewohnten Welt, und England verdankt seine ungeheure Macht der Tüchtigkeit seines Volkes und seinem Unternehmergeist. Wenn wir aber mit England in ein freundschaftliches Verhältnis kommen wollen, so muß die englische Regierung und das englische Volk anerkennen, daß ein so vorwärtsstrebendes, fleißiges und unternehmungslustiges Volk die gleichen Rechte in der Welt hat und wir uns überall betätigen müssen, wo wir unsere nationale Kraft anspannen können. Wenn wir auf diesem Wege zu einer Verständigung mit England kommen, dann kann der Moment eintreten, wo wir vielleicht unsere Rüstungen einstellen und die ungeheuren Summen, die wir dafür ausgeben, zu Zwecken von Kulturaufgaben verwenden können. (Beifall.)

Weiterberatung Sonnabend, 11 Uhr.

Schluß 6 Uhr.

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung. Freitag, 16. Februar.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer, Wesener.

Präsident Frhr. v. Erffa eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Beratung des Forstetats

wird fortgesetzt beim Kapitel „Dauernde Ausgaben, Verwaltung und Betrieb“.

Abg. Ströbel (Soz.):

Wenn die fiskalischen Jagden verpachtet würden, würde auch genügend Geld einkommen, um den Wildschaden zu decken. Es handelt sich um ungemütte Millionen, bis lieber den Steuerzahlern bei Bemessung der Einkommensteuer zugute kommen sollten. Wir verlangen, daß das Wegeordnetenhaus endlich etwas darüber erfährt, was mit den Wäldern um Berlin geschehen wird. Die großen Kommunen heben ein Anrecht darauf, daß ihnen der Staat entgegenkommt, denn sie tragen außerordentlich viel zu den Staatsbeiträgen bei. Die Löhne der Forstarbeiter lassen außerordentlich zu wünschen übrig. In anderen Bundesstaaten sind die Löhne lange nicht so schlecht wie in Preußen. Den Forstarbeitern muß das freie Organisations- und Koalitionsrecht gewährt werden. (Lachen rechts.) Ich weiß ja, daß in diesem Hause herzlich wenig Neigung dazu vorhanden ist. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Waldarbeiter sich nicht alles von ihren Vorgesetzten gefallen lassen, werden sie gezwiebelt und entlassen. Solange die Waldarbeiter nicht ein unbedingtes Koalitionsrecht haben, ist Preußen der rückständigste Staat.

Abg. Busch (Zentr.):

Herr Ströbel nahm Berlin in Schutz. Berlin will nur immer einstecken, aber nichts geben. Wer hat denn Berlin groß gemacht? Die Provinz und der Staat! Wer unterhält hier die Museen, Hochschulen usw.? Die Lage der Waldarbeiter ist nicht rosig, aber keineswegs zu schlecht. Die Arbeiter drängen sich auch direkt zur Waldarbeit. Aber Gehälter wie Beamte können sie nicht bekommen. Es kann doch nicht nach der sozialdemokratischen Gleichheit gehen, daß der Waldarbeiter heute Landwirtschaftsminister wird und Frhr. v. Schorlemer morgen Landarbeiter. (Heiterkeit.) Ich möchte noch lieber Waldarbeiter sein als Arbeiter im „Vorwärts“. (Heiterkeit.) Wie ging es denn den sieben Redakteuren im „Vorwärts“? Wer nicht pariert, der fliegt! hieß es da. Die Sozialdemokratie fordert immer höhere Gehälter, aber sie versagt der Regierung jegliche Mittel.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer:

Die Lage der Waldarbeiter ist durchaus nicht so traurig, wie sie der Abg. Ströbel darstellt. Die Forstverwaltung sorgt auch noch auf anderen Gebieten für ihre Arbeiter. So bekommen sie u. a. Zeitel für Lesehols, Zettel, um ihr Vieh zu weiden, außerdem hat eine große Anzahl von ihnen Land zu einem besonders billigen Preise gepachtet. (Erneutes Hört! Hört rechts u. i. Zentr.) Ueber die Koalitionsfreiheit der Forstarbeiter habe ich mich im vorigen Jahre geäußert. Meine Ansicht hierüber hat sich in nichts geändert, auch nicht durch die Reichstagswahlen. Die Sozialdemokratie will nur die Arbeiter terrorisieren. Die Staatsregierung will ihnen volle Freiheit gewähren, die aber durch das Koalitionsrecht nur gefährdet würde. (Zuruf v. d. Soz.: Freiheit, die ich meine!)

Abg. Ströbel (Soz.):

Die Nebeneinnahmen der Waldarbeiter sind doch ganz gering. (Zurufe rechts: Sie haben ja keine Ahnung!) Ich möchte einmal sehen, ob der Arbeiter sobiel Holz verbrennen darf wie die Förster und Oberförster! Der Minister möge nur so fortfahren, dem Ringen nach Freiheit bei den Waldarbeitern (Gelächter rechts) entgegenzuarbeiten! Zu den vier Millionen sozialdemokratischen Stimmen wird auch noch die fünfte Million kommen. Herr Busch sprach vom „Vorwärts“. Selbstverständlich werden auch bei uns Redakteure entlassen, die sich nicht den Anordnungen der Preßkommission fügen.

Abg. Busch (Zentr.):

8 Mk. Lohn auf dem Lande bedeuten 6 Mk. in Berlin. (Lebhafte Zustimmung.) Die Waldarbeiter können sich ein kleines Besitztum anschaffen und sich ihr Vieh halten. Vielleicht ist ihnen das gerade dadurch möglich, daß sie nicht die hohen Beiträge zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften zu zahlen haben. (Lebhafte Zustimmung i. Zentr.) Die christlichen Arbeiter sehen ein, daß die Oberförster mehr Nebeneinnahmen haben müssen, als sie selbst. Sie respektieren eben noch den Unterschied der Stände. (Abg. Borchardt (Soz): Das ist eben das Schlimme! — Gelächter.)

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa: Ich habe schon wiederholt gebeten, die Zwischenrufe zu unterlassen. Herr Abg. Borchardt, ich rufe Sie zur Ordnung. (Abg. Hoffmann gratuliert dem Abg. Borchardt.)

Abg. Busch (Zentr.):

Da sehen wir wieder einmal, wie die Sozialdemokraten darauf ausgehen, Ordnungsrufe zu bekommen, um draußen im Lande als starke Männer zu erscheinen. (Abg. Borchardt (Soz.): Warum wird der Abg. Busch nicht zur Ordnung gerufen?)

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa: Ich habe die Geschäftsordnung hier zu handhaben. Ich werde mir das Stenogramm der Rede des Abg. Busch ansehen, ob etwas zu veranlassen ist.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Bei Titel 2 (Oberförster) führt

Abg. Wenke (Wp.)

Klage, daß im Riesengebirge oft unnötigerweise seitens Königlicher Oberförster das Betreten von Wegen verboten wird, so daß die Sommerfrischler jetzt schon vielfach das Riesengebirge meiden und die Karpathen aufsuchen. Es gibt Oberförster, die reine Touristenfresser sind.

Abg. Büchtemann (Wp.):

Eine ganze Seite des Forstetats handelt über nichts weiter als über die Nebenämter der Forstbeamten. Aber die Rubrik „Amtsvorsteher“ ist noch gar nicht berücksichtigt. Es gibt Amtsbezirke, in denen die Vergütung bis zu 3000 Mk. beträgt. In der Budgetkommission wurde erklärt, es handele sich lediglich um eine Dienstaufwandsentschädigung, wieviel davon übrig bleibt, sei nicht festzustellen. Wenn nichts übrig bliebe, so würde bei Versetzungen doch nicht immer gefragt: Was verdient man nebenbei als Amtsvorsteher.

Oberlandforstmeister Wesener:

Die Dienstaufwandsentschädigung für die Oberförster als Amtsvorsteher in zusammengesetzten Bezirken beziehen diese nicht vom Staat, sondern vom Kreise, der auch die Höhe festsetzt.

Abg. Braemert (Kons.)

wünscht u. a. die Anrechnung der Einnahmen aus dem Dienstlande bei der Pension.

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa:

Ich habe mir das Stenogramm über den Zwischenfall von vorhin kommen lassen. Daraus geht hervor, daß der Abg. Hoffmann dem Abg. Borchardt zu dem Ordnungsruf besonders gratuliert hat. Daraufmachte der Abg. Busch die Bemerkung, daß die Sozialdemokraten auf Ordnungsrufe ausgingen. Nachdem der Abg. Hoffmann dem Abg. Borchardt zu dem Ordnungsrufe gratuliert hat, habe ich keine Veranlassung, den Abg. Busch zu rektifizieren. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Oberlandforstmeister Wesener:

Ueber jeden Groschen, den ich den Förstern zuschanzen kann, freue ich mich. Aber ich sehe in diesem Moment keine Möglichkeit, auf die Wünsche der Förster näher einzugehen, es sei denn, daß die Besoldungsordnung schon wieder geändert werden müßte.

Abg. Schröder-Cassel (Natl.):

Die Bestimmungen über das Dienstland stammen aus dem Jahre 1868 und scheinen uns veraltet und auf die Dauer unhaltbar. Wir schlagen vor, zu einem anderen System überzugehen und Stellenzulagen für die Förster zu schaffen, die in einem gesunden Verhältnis zur Größe und Güte des Dienstlandes stehen. Nach den Maßnahmen der königlichen Staatsregierung kann den Förstern das Dienstland jederzeit ohne Entschädigung entzogen werden; wir bedauern, daß diese Maßnahme, die lange Zeit nur auf dem Papier stand, in mehreren Fällen kürzlich tatsächlich ausgeführt worden ist. Die Beseitigung der Mißstände bezüglich des Dienstlandes ist wirklich dringend notwendig; wenn die konservative Partei als die größte Partei dieses Hauses in dieser Richtung die Initiative ergreifen wird, sind wir gerne bereit, uns ihnen anzuschließen. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Wolff-Metternich (Zentr.)

wendet sich gegen die Auffassung, daß die Förster von ihrem Dienstland keinen nennenswerten Nutzen hätten, sie bezögen im Gegenteil mitunter recht hohe Erträge aus ihnen und würden sich sicher dagegen sträuben, wenn ihnen das Dienstland entzogen und sie dadurch gezwungen würden, sich Land zu pachten.

Abg. v. Hennigs-Techlin (Kons.)

erklärt, daß die konservative Partei stets für die Förster eintrete, jedoch keine Anträge zum Fenster hinausstelle, sondern nur, wenn sie Aussicht auf Erfolg haben. Es sei wünschenswert, daß die Regierung den Förstern Stellenzulagen gewähre.

Landforstmeister Wesener:

Auch damit würden wir die Besoldungsordnung durchbrechen. (Widerspruch rechts.)

Abg. Schröder-Cassel (Natl.):

Die Besserstellung der Eisenbahnassistenten bedeutet auch schon eine Durchbrechung der Besoldungsordnung. Warum also hier so hartnäckig?

Der Forstetat wird bewilligt.

Der Domänenetat.

Abg. Engelbrecht (Freikons.)

begründet einen Antrag, in stärkerem Maße als bisher pachtfrei werdende Domänen in bäuerlichen Besitz überzuführen und bei der Verwaltung der Domänen die künftige Besiedlung vorzubereiten.

Abg. Heine (Natl.):

Meine politischen Freunde stehen dem Antrage Engelbrecht sehr sympathisch gegenüber. Die Domänen stützen den nationalen Gedanken, der besonders im Osten gefährdet ist, viel mehr als der übrige Großgrundbesitz. Besser wäre es aber, wenn nicht ein einzelner Pächter, sondern eine größere Anzahl von Bauern eine Domäne pachten könnten. Es ist wohl unbestritten, daß ein Dorf von 100 Bauernhöfen eine größere Stütze für das Deutschtum wäre als eine Domäne. Es wäre aber auch wünschenswert, wenn der Staat einen Teil seiner Domänen verkaufen würde. Einmal bringen die Zinsen vom Erlös mehr als die Pachtsummen, dann ist es aber auch sicher, daß der bäuerliche Besitz für den Staat in volkswirtschaftlicher Beziehung sehr vorteilhaft ist, schon weil er mehr Personen ernähren kann als der Großgrundbesitz. Es soll ja nicht verlangt werden, daß sich der Staat seines gesamten Domänenbesitzes entäußern soll. Wir hoffen, daß der eingeschlagene Weg der rechte ist. (Bravo! links.)

Abg. Leinert (Soz.):

Der freikonservative Antrag geht uns zwar nicht weit genug, wir werden ihm aber zustimmen. Wir wünschen, daß die Domänen an Bauern verpachtet werden zu denselben Vorzugspreisen, wie sie die Großgrundbesitzer haben. Solange die Regierung nicht eingehende Angaben über jede einzelne Domäne gibt, fordert das Abgeordnetenhaus den Hohn und Spott von selbst heraus, wenn es diesen Etat annimmt.

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa:

Herr Abgeordneter Leinert, wegen dieser Ausführungen rufe ich Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Woyna (Freikons.):

Der Domänenpächterstand ist für unsere Volkswirtschaft und den ganzen Staat von zu großer Bedeutung, als daß wir ihn zum Gegenstand einer kommunistischen Politik machen dürften.

Minister Frhr. v. Schorlemer:

Dem Antrage stehe ich sympathisch gegenüber, allerdings mit der Beschränkung, daß es sich nicht überall um Massenabgabe von Domänen handelt, sondern die Abgabe unter Berücksichtigung aller Verhältnisse zu prüfen ist. Abg. Leinert hat der landwirtschaftlichen Verwaltung den Vorwurf der Verschleierung des Domänen-Etats gemacht. Die Domänenverwaltung hat nichts zu verheimlichen. Wenn die Nachweisungen über die auf den Domänen vorgenommenen Bauten nicht diesem Hause selbst, sondern der Budgetkommission vorgelegt wurde, so sind besondere Gründe dafür maßgebend gewesen, und ich glaube, wenn Herr Leinert diese Nachweisung studieren und dann mehrere Tage über diesen Punkt hier reden würde (Heiterkeit.), würde er dem Abg. v. Pappenheim nur Gelegenheit geben, zu wiederholen, daß Herr Leinert von der ganzen Sache immer noch nichts verstünde. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts. Lärmender Widerspruch der Soz.) Im übrigen richten sich die Ausführungen des Abg. Leinert in ihren Uebertreibungen von selbst. Es wäre Zeitverschwendung, des näheren darauf einzugehen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Varenhorst (Freikons.)

hebt nochmals hervor, daß der Antrag seiner Partei nicht die Aufteilung aller Domänen verlange, sondern nur da, wo es vorteilhaft erscheint.

Abg. Waldstein (Wp.):

Ich habe mich gefreut, als Herr Engelbrecht eine recht weitgehende Aufteilung der Domänen forderte. Allerdings haben nachher Herr von Woyna und Herr Varenhorst in diese Freude noch einige Bitterkeit gemischt, indem sie einen Teil davon wieder zurücknahmen. Ich möchte wirklich wissen, was weniger kommunistisch ist als die Aufteilung von Domänen zwecks Ansiedlung von Bauern. (Sehr richtig! links.)

Minister Frhr. v. Schorlemer:

Unsere Domänen verzinsen sich mit 2,97 Proz. Das ist natürlich keine Verzinsung, wie etwa bei Wertpapieren oder sonst im Handel und Wandel; sie ist aber durchaus zureichend für jemanden, der sein Geld in Grund und Boden anlegt und, wie der Staat, außerdem noch nationale und Landeskulturaufgaben zu erledigen hat. Außerdem sind die Domänen eine Reserve für die Zeit der Not. Noch vor gar nicht allzu langer Zeit hatte der Staat mit seinem Domänenbesitz für die Schulden, die in Kriegszeiten aufgenommen werden mußten. (Sehr richtig! rechts.) Diese traurigen Zeiten können einmal wiederkommen, und ich würde es nicht verantworten können, wenn ich die Hand dazu bieten würde, daß sich der Staat dieses seines Besitzes entäußern würde. (Lebhafter Beifall rechts.)

Der Antrag Engelbrecht (Freikons.) wird einstimmig angenommen.

Beim Titel „Ertrag von Mühlen, Fischereien“ bemängelt

Abg. Reck (Kons.), daß durch die Verpachtung der masurischen Seen an große Pächter der masurischen Bevölkerung der Kauf von Fischen erschwert werde.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß die Pächter angewiesen sind, der masurischen Bevölkerung tunlichst entgegenzukommen.

Beim Titel „Mineralbrunnen und Badeanstalten“ erklärt

Minister Frhr. v. Schorlemer auf Anfragen des Abg. Fürbringer (Natl.), daß er bestrebt sein werde, die Kurhaus- und Hotelverhältnisse in Norderney zu verbessern. Bestimmte Projekte lägen allerdings noch nicht vor.

Der Domänenetat wird bewilligt.

Montag 11 Uhr: Erste Lesung des Wassergesetzes.

Schluß 6½ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120217016/fragment/page=0003

Deutsches Reich.

Eine interessante Erklärung Bebels.

Von einem nationalliberalen Parlamentarier wird der „Saale-Zeitung" geschrieben:

Anläßlich der Wahl des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Scheidemann zum 1. Vizepräsidenten des Reichstages ist vielfach die Frage erörtert worden, wie sich dieser sozialdemokratische Vizepräsident zu den sogenannten „höfischen" Verpflichtungen stellen werde. Zu dieser Frage gab Abgeordneter Bebel vor der Wahl folgende Erklärung ab:

„Unser Genosse wird zu Hofe gehen, wenn der erste Präsident verhindert ist, und er wird ein Kaiserhoch ausbringen, wenn der erste Präsident nicht da ist!" —

Die Verpflichtung, mit dem ersten Präsidenten zu Hofe zu gehen, hat man seitens der Sozialdemokraten abgelehnt.

Ebenso hat man es abgelehnt, für die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Erklärung dahin abzugeben, daß sie künftig bei einem Kaiserhoch den Saal nicht mehr verlassen und sich von ihren Plätzen erheben würden. Man könne die einzelnen doch nicht festhalten. —

Ferner höre ich, daß die Wahl gerade Scheidemanns wohl nicht erfolgt wäre, wenn man über seine früheren Aeußerungen über die Hohenzollern informiert gewesen wäre. —

Durch die Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion, die jetzt durchaus einig und geschlossen ist, soll dokumentiert werden, daß man sich nicht an die Politik eines „Großblocks Bebel—Bassermann" binden will.

Die 100 000 Mark-Spende.

Danktelegramm des Kaisers.

Auf die Mitteilung der 100 000 Mark-Spende der Herren Otto und Karl Henkell, der Inhaber der Sektkellerei Henkell, zur Anschaffung weiterer Flugzeuge für das deutsche Heer hat der Kaiser den Spendern folgendes Danktelegramm gesandt:

„Ich genehmige gern, daß Sie zur Anschaffung weiterer Flugzeuge für das deutsche Heer eine Summe von einhunderttausend Mark zur Verfügung stellen und spreche Ihnen gleichzeitig für diese patriotische Tat meinen wärmsten Dank aus. Wilhelm Rex."

Parlamentarisches.

Siebzigster Geburtstag des Reichstagspräsidenten Kämpf. Der neugewählte Präsident des Reichstages, Johannes Kämpf, begeht am Sonntag seinen siebzigsten Geburtstag.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 16. Febr.

✠ Der Kaiser besuchte heute vormittag den Reichskanzler.

✠ Der Kaiser gedenkt heute abend die Reise nach Kiel anzutreten. Im Gefolge werden sich befinden Hofmarschall Graf Platen, Generaladjutant Generaloberst von Plessen, Flügeladjutanten Oberstleutnant von Mutius und Kapitän zur See von Bülow, Leibarzt Oberstabsarzt Dr. Niedner, Generaladjutant Admiral von Müller, Wirklicher Geheimer Rat von Valentini. **Bei dem Stapellauf wird Prinz Ludwig die Taufrede halten und Prinzessin Therese den Taufakt vollziehen.**

✠ **Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen und Prinzessin Agathe** sind gestern abend aus Kamenz in **Wien** eingetroffen. **Prinz Friedrich Wilhelm wurde heute vormittag 11 Uhr vom Kaiser Franz Josef in Schönbrunn in** besonderer Audienz empfangen.

Ausland.

Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

General Caneva, der demnächst wieder nach Tripolis reist, beabsichtigt, wie es heißt, in Zukunft eine ganz veränderte Taktik den Eingeborenen gegenüber zu befolgen. Bereits sind auf seine Weisung die Massenhinrichtungen Kriegsgefangener „bis auf weiteres" eingestellt worden und die Galgen sind sogar zum Teil schon abgebrochen worden. — Der Bau der projektierten Eisenbahnlinie ins Innere macht geringe Fortschritte. Schienen und Schwellen sind zwar auf einer Strecke von vier Kilometer in der Richtung auf Ain Zara bereits gelegt, aber noch nicht befestigt worden. Auf der restlichen Strecke von zirka acht Kilometer Länge wird zurzeit noch nivelliert.

Kleine Tagesnachrichten.

Der Zustand des Grafen Aehrenthal

hat sich weiter verschlimmert. Die Atmung wird durch Sauerstoffinhalierung aufrechterhalten. Der Kräfteverfall ist rapid.

Der König und die Königin von Spanien

haben die geplante Reise nach Wien zur Diamant-Hochzeit des Erzherzogs Rainer aufgegeben.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 17. Februar.

Wehrkraftverein „Jungdeutschland".

Die Ortsgruppe Halle des Wehrkraftvereins „Jungdeutschland" hielt am Freitag in den „Germaniasälen" ihre Gründungsversammlung ab. Wenn man aus dem **Besuch der Versammlung auf die künftige Entwicklung des Wehrkraftvereins** Schlüsse machen darf, so ist zu konstatieren, daß hierfür die denkbar günstigsten Vorbedingungen vorhanden sind. Der große Saal der „Germaniasäle" war fast bis auf den letzten Platz besetzt, und zwar setzte sich das Publikum zum großen Teil aus Militärs, Lehrern und Vertretern hiesiger Turn- und Sportvereine zusammen. Auch waren Dozenten und Studierende unserer Universität zu bemerken. — Auf die Verhandlungen werden wir ausführlicher noch zurückkommen.

St. Ulrich. Am 26. Februar vollendet der Kindergottesdienst von St. Ulrich das 30. Jahr seines Bestehens. Am 26. Februar 1882 hat ihn Herr Pastor Richter ins Leben gerufen; noch heute leitet er ihn. Viele Tausend Hallenser — zählte er doch zu Zeiten, ehe ihm in seiner Gemeinde ein zweiter und dritter jüngerer Kindergottesdienst zur Seite trat, bis über 1600 Kinder — haben ihm einst angehört und bewahren ihm ein dankbares Andenken. Eine kirchliche Gedenkfeier wird am Sonntag, den 25. Febr., in der Ulrichskirche stattfinden, während für Montag den 26., ein Familienabend in den Thaliafestsälen geplant ist.

Christlicher Verein Junger Männer, Geiststr. 29. Am nächsten Sonntag, nachmittags 5½ Uhr, wird Herr Pastor Ruegg aus Amerika einen Vortrag halten über das Thema: „Arbeiterbewegung und Christentum in Amerika". Ferner findet abends 6 Uhr im Saal eine Versammlung statt, in der Herr Geh. Konsist.-Rat Professor D. Dr. Cornill sprechen wird über das Thema: „**Aus der Geschichte Davids**". **Jeder junge Mann ist eingeladen.** Der Zutritt ist frei.

Volksbildungsverein. Wegen der Ausstellung des Dürer-Bundes zur Bekämpfung der Schundliteratur bleibt die Bibliothek am Sonntag geschlossen.

Provinzialnachrichten.

Von einem Einbrecher niedergeschossen.

Leipzig, 16. Febr. Heute früh wollte der Schutzmann Höcke in einem Hause in dem Vororte Zschocher einen Einbrecher, den 20 Jahre alten Arbeiter Heßler, festnehmen. Obwohl er dem Einbrecher schon Handfesseln angelegt hatte, vermochte dieser doch noch einen Revolver hervorzuziehn und den Schutzmann durch einen Schuß in die Brust niederzustrecken. Der Schutzmann wurde schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht. Der Täter wurde verhaftet.

Steuererhöhung.

Erfurt, 15. Febr. Der städtische Etat bringt eine Erhöhung des Einkommensteuerzuschlags um 9 Prozent und eine solche der Realsteuern um 10 Prozent. Das würde einem Einkommensteuerzuschlag von 167 Prozent und einem Realsteuerzuschlag von 198 Prozent entsprechen. Schuld an dem unerfreulichen Ergebnis sind die unvorhergesehene Erhöhung der Provinzialabgaben um 25 Prozent, die bedeutende Steigerung der Armenlasten und der Ausgaben für das Schulwesen (Ilversgehofen) und die verhältnismäßig geringeren Mehreinnahmen aus städtischen Betrieben, mit denen gerechnet werden muß.

Der neue Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit ungefähr 7 500 000 Mark gegen 6 693 300 Mark im ablaufenden Verwaltungsjahre.

Eisleben, 16. Febr. (Riesenschwein.) Der Fleischermeister Hohmann schlachtete heute ein Schwein, welches ein Gewicht von 825 Pfund hatte; gemästet wurde es von Müllermeister Daume in Martinsrieth.

Bitterfeld, 14. Febr. (Von unbekannten Tätern) ist das Zugseil einer Drahtseilbahn des Braunkohlenwerks Hermine beschädigt worden. Die Direktion hat auf deren Ermittelung eine Belohnung von 200 Mark ausgesetzt.

Salzwedel, 15. Febr. (Abgelehnter Orden.) Zu seinem 40jährigen Dienstjubiläum war auch unserem bewährten Polizeikommissar Hansche eine Auszeichnung zugedacht. Er lehnte aber die ihm verliehene Dekoration, das Allgemeine Ehrenzeichen, ab.

Eisenberg, 16. Febr. (Selbstmord.) Am Donnerstag abend wurde bei der „Schönen Aussicht" nahe der Landstraße ein Mann tot aufgefunden. Man fand bei ihm eine Karte, auf der er seinen Angehörigen mitteilt, daß er sich freiwillig (durch Gift) das Leben genommen habe. Der Tote stammt aus Hetzdorf; er hinterläßt eine Frau und zwei Kinder. Es muß aber erst noch festgestellt werden, ob die Angaben der Wahrheit entsprechen.

Gera, 14. Febr. (Die Tälerbahn von Münchenbernsdorf) nach Roda, eine Fortsetzung der Bahnstrecke Niederpöllnitz-Münchenbernsdorf, soll noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden. Die Baukosten betragen rund vier Millionen Mark, der Staatszuschuß 600 000 Mark. Die Bahn wird in den Tälern die Ortschaften Tautendorf, Eineborn, Ottendorf, Lippersdorf und Erdmannsdorf berühren.

Luftschiffahrt.

Flieger Schmidt seinen Verletzungen erlegen.

Der Flieger Albert Schmidt, der in der Nähe der Fabriken der Neuen Automobil-Gesellschaft in Oberschöneweide mit einem Farman-Doppeldecker abgestürzt war, ist Freitag morgen seinen schweren Verletzungen erlegen.

Letzte Nachrichten.

Preßstimmen zu der Reichstagsrede des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler hat sich gestern über die innere Lage im Reichstag ausgesprochen und sich dabei ausführlich mit den Parteien der Rechten wie der Linken auseinandergesetzt. Wir bringen eine Inhaltsangabe über seine Rede im Parlamentsbericht. Hier lassen wir einige Preßstimmen hervorragender Parteiblätter folgen:

Berlin, 16. Febr.

Zu der heutigen Reichstagsrede des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg schreibt die **„National-Zeitung"**: Bethmann Hollweg ist ein aufrichtiger und ehrlicher Mann und die Unverblümtheit und Offenheit seiner Sprache läßt keinen Zweifel darüber, auf welcher Seite des Hauses sein Herz ist. In dieser verwickelungsreichen Uebergangszeit sind aber so große schwierige Aufgaben zu erfüllen, daß es nicht genügt, nur ein guter Mann zu sein. Die Zeit erfordert auch einen einigermaßen guten politischen Musikanten. Ist es denn klug, diesem neuen Reichstag, in dem die Sozialdemokraten nun einmal die meisten Abgeordneten haben, von vornherein zu suggerieren, daß sie lediglich auf Zerstörung des Bestehenden ausgehen? — und dies in einem Augenblick, wo sie durch ihren Eintritt in das Präsidium bekunden, daß sie verantwortlich sein wollen für die Geschäfte des Reichstages, und einen Tag, nachdem ihr erster Redner zum Etat gleichfalls die Bereitwilligkeit zur sachlichen Mitarbeit erkennen ließ. Wenn Herr von Bethmann Hollweg allen parlamentarischen Gepflogenheiten zum Trotz sogar die Wahl eines noch im Amte befindlichen Vizepräsidenten zu kritisieren unternimmt, so zeigt er am besten, wie wenig er neuen Tatsachen sich anzupassen vermag. Mit solchen Argumenten, wie sie der Reichskanzler heute in sehr allgemeiner Formulierung wieder gegen die Sozialdemokraten vorgebracht hat, stellt er sich auf den Boden der schwarz-blauen Reaktion und er tut es, um so, umjubelt von konservativen und Zentrum, die bürgerlichen Parteien wohlfeil ins unrechte Licht zu setzen.

Die **„Germania"** schreibt:

Der Reichstag hatte heute eine große Sitzung, in der der Reichskanzler über sein zukünftiges Verhältnis zu den Parteien sprach. Seine Rede brachte den Liberalen eine große Enttäuschung. Mit unzweideutigen Worten verurteilte Herr von Bethmann Hollweg das Rücken der Liberalen nach links und setzte den in den Vordergrund gestellten Forderungen des Liberalismus nach neuer Einteilung der Wahlkreise und Vermehrung der Rechte des Reichstages ein entschiedenes Nein entgegen. Der Liberalismus kann nach der heutigen Rede Bethmann Hollwegs die stolze Hoffnung begraben, die er auf diesen Kanzler setzte. Ein Trost ist ihm geblieben: Herr v. Bethmann Hollweg ist auch jetzt noch ein Freund der Erbanfallsteuer.

Die **„Freisinnige Zeitung"** schreibt: Der Kanzler hat das Bedürfnis gefühlt, sich in der heutigen Sitzung darüber auszusprechen, wie er die innerpolitische Lage nach den Reichstagswahlen beurteilt. Er hat sich dabei glücklich zwischen zwei Stühle gesetzt. In dem ersten Teil, in dem gegen die Konservativen und das Zentrum, erklärt der Reichskanzler, er habe die Ablehnung der Erbschaftssteuer nicht verteidigen können, weil die Regierung vielleicht auf diese Steuer zurückkommen werde. Im zweiten Teil polemisiert er scharf gegen die Sozialdemokraten und die Liberalen und lehnt jede Demokratisierung unseres Vaterlandes ab.

Aehrenthals Nachfolger.

⇮ Wien, 16. Febr. Der Zustand des Grafen Aehrenthal ist fortdauernd sehr ungünstig. Die Ernennung eines Nachfolgers für ihn scheint unmittelbar bevorzustehen. Die Wahl des Kaisers wird zwischen dem gemeinsamen Finanzminister Baron Burian, dem ehemaligen Botschafter am Petersburger Hofe, Grafen Berchtold, dem Botschafter am italienischen Hofe, Herrn v. Merey und dem Botschafter in Paris, dem Grafen Nicolaus Szecsen getroffen werden. Burian, Berchtold und Szecsen weilen gegenwärtig in Wien. Szecsen, der seit acht Tagen hier ist, wurde vom Kaiser, was in diplomatischen und politischen Kreisen sehr vermerkt wurde, bereits zweimal in längerer Privataudienz empfangen.

⇮ Wien, 16. Febr. Wie die „Neue Freie Presse" meldet, hat Graf Aehrenthal zu seinem Nachfolger den ehemaligen Botschafter in Petersburg Graf Berchtold dem Kaiser empfohlen. An oberster Stelle ist eine Entschließung jedoch noch nicht erfolgt. Soviel steht fest, daß der gemeinsame Finanzminister Baron Burian nicht mehr als Kandidat gilt.

Bombenattentate.

Leoben, 16. Febr. Auf dem Bahnhof in Selztal wurde eine Bombe gefunden. Es scheint die Absicht vorgelegen zu haben, den Bahnhof in die Luft zu sprengen. Der Fund wird auf die anarchistischen Umtriebe in der Steiermark zurückgeführt.

Monts, 16. Febr. Vor der Wohnung des Bürgermeisters von Dornu wurde eine Blechbüchse, gefüllt mit Pulver und Eisenstücken, gefunden. Anscheinend handelt es sich um ein Attentat, das vereitelt wurde.

Die spanisch-französischen Verhandlungen.

H. T. B. **Madrid,** 16. Febr. Der Minister des Aeußern überreichte gestern dem französischen Gesandten die Antwort auf die französische Marokkoanfrage. Dann hatte der Staatsmann mit dem englischen Gesandten, den er über den Fortgang der Verhandlungen auf dem Laufenden hält, eine Unterredung. Der englische Vertreter sandte seiner Regierung sofort darauf ein chiffriertes Telegramm.

Ruhe in Mexiko.

Newyork, 16. Febr. Die „Financial News" erhielt gestern folgendes Kabelgramm von einem hohen Angestellten der Nordmexikanisch-Amerikanischen Eisenbahn: Ich habe gute Nachrichten aus Mexiko und glaube, daß die Unruhen in den nordwestlichen Bezirken in einigen Tagen vollständig beendet sein werden. Der der Eisenbahn zugefügte Schaden ist nicht bedeutend und der Verkehr zwischen Chihuahua und El Paso werde in einigen Tagen wieder aufgenommen werden. Die Regierung scheint Herr der Situation zu sein und man darf auf eine lange Periode der Ruhe und des Wohlstandes des Landes rechnen.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meitner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120217016/fragment/page=0004

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.
2 1.Febr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.

q_1 quartaliter 1.1.4.7.10. — q_2 do. 1.2.5.8.11. — q_3 do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 16. Febr. 1912

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85 — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20 — 1 Letrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 5%, Lombardzinsfuß 6%, Privatdiskont 3⅞%.

Nachdr. verb.

Disch. Fds. u. Staats-Pap.				Magdeburg				Türk. Zoll. 11				Mosk.Kiew W				PrPXVII XVIII				Sauerbrey 3				Gevelsberg.				Dt. Erdöl				Kgsb. Zellst.				Schoffen St.			
					v	3½	93.20G		a	4	81.90G		d	4	88.70b		v	3½	89.60bG		a	*4½	100.25bG		O	5	82.00G		1	23	254.50bG		4	20	335.50bG		9	12	197.50B
				Mainzer 00	a	4	99.60G	do. 400Fr.L.	—	frc.	170.90b	Mosk.Rjäsan	d	4	92.00b	do. XXIV	a	3½	89.60bG	Schalk.Gr99	a	*4	94.25G	Glückauf	O	8	131.25G	do. Gasglühl.	7	50	670.00b	Königsborn	1	12	230.00bG	Schomburg	O	7	146.00B
	d	4	100.10G	Mannh01 06	b	4	99.70B	Ung. Goldrt.	a	4	92.25b	do. WindRyb.	d	4	88.60b	do. KlbOb.08	a	4	98.00G	Schl Kleinb3	v	*4½	101.25G	Henning. Rfb	O	3½	67.25bG	do. Jute i.Ms.	1	20	301.50bG	KönigszeltP.	7	7½	161.25G	Schönebeck	7	0	113.00bG
k. Rchs. Sch.	d	4	100.20bG	Mind. 95/02	v	3½	—.—	do. kleine	a	4	93.70b	Podol. Eisnb.	d	4½	96.90bG	do. KO VI(17)	a	4	100.10bG	Schuck.&C2	a	4	99.00G	Herkul. Cass.	O	9	172.50G	do. Kabelwk.	1	8	129.50b	Körbisd. Zck.	4	10½	139.50b	Schönebg.-F.	4	0	126.50bG
do. 1.7.12	d	4	100.25G	Mülheim Rhr.	d	3½	90.00G	do. Kronenrt.	f	4	—.—	Rjäsan-Kozl	d	4	89.00b	do. IX (20)	a	4	100.80bG	do. 2	d	4½	101.50bG	Holsten	O	13	188.50G	do. Kaliwerk.	1	8	146.00bG	Gbr. Körting	1	8	133.80bG	Schoening	5	8	131.25bG
do. 1.4.15	d	4	100.10G	München 94	v	3½	—.—	do. kleine	f	4	89.80bG	do. Uralsk94	c	4	88.70bG	do. X (21)	d	4	101.00G	Schulth.Br.5	a	*4	101.25G	Hugger Pes.	O	8½	141.00b	do. Lin. Rixd.	1	8	166.75G	Körting's El.	4	7½	137.75G	Schönw. Prz.	1	0	101.80b
Pr. Schatz 12	d	4	100.10	do. 00 01 06	v	4	99.90B	do. St. Rnt. 10	c	4	90.40bG	do. 07 uk.08	e	4	—.—	do. IV	d	3½	93.75G	Seebeck S. 2	a	*5	92.75bG	Isenbeck&C.	O	6	105.00	do. Speisew.	O	10	184.50b	Kosth. Cell.	1	14	195.00B	Schött Rhdt.	1	8	122.75bG
do. 13	d	3½	91.00B	do. 1907/13	d	4	100.00b	do. do. 1897	a	3½	78.70G	Rybinsk gar.	f	4	88.60G	do. III	d	3½	90.60G	Fr.Seiff.&C3	a	*4½	101.60G	Kiel. Schloss	O	8	137.00G	do. Spiegelgl.	1	25	359.00bB	Kronpr. Met.	1	27	326.00B	Schftg. Huck	1	6	112.50G
Rchs.-Anl	v	4	101.60bG	do. 1908	e	4	100.40B	do. Lose	—	frc.	370.00bB	Süd-Ost 98	e	4	—.—	do. V uk. 17	a	4	92.00G	Siem. El. 13 3	d	4½	102.25G	Klstrbr. Röd.	O	8	97.00G	do. Steinzg.	1	15	232.00bG	Gb. Krüg. &C.	1	12	176.75G	Schub. & Slz.	4	20	310.00bG
do. do.	v	3	82.20bG	Nürnb 99/01	v	4	99.40b	do. GrdentO	e	4	—.—	WrschW X.XI	a	4	90.70b	RhHPf83-85	d	4	98.70bG	Siem. Glas 3	a	4½	102.50bG	König B. Beck	O	9	158.50B	do. Tonröhr.	1	10	147.00bG	Kruschwitz	7	24	303.25bG	Schuckert El.	8	7½	163.75b

[illegible]

Wechselkurse			
Amst.-Rtt.	8 T.	4	169.50B
Brüss. u. A.	8 T.	4½	80.825G
Kopenhg.	8 T.	5	112.30B
London	vista	3½	20.495bG
do.	8 T.	3½	—.—
do.	3 M.	3½	20.315G
Madr. u. B.	14 T.	4½	—.—
Neuyork	vista	—	4.20G
Paris	vista	—	81.125B
do.	8 T.	3½	—.—
do.	2 M.	3½	80.60G
Wien	8 T.	5	84.95bB
do.	2 M.	5	—.—
Schweiz	8 T.	4	80.95G
Stockhlm.	10 T.	4½	—.—
Ital. Plätze	10 T.	5½	80.55B
Petersb.	8 T.	4½	—.—
Warschau	8 T.	4½	—.—

Gold, Silber, Banknoten	
Sovereigns p. Stück	20.455b
20-Frank-Stücke	16.265b
N. Russ. Gold p. 100 R.	—.—
Amerik. Noten	4.20b
do. do. kleine	—.—
do. Kup. z. N.-Y.	4.195bG
Belgische Noten	80.90b
Engl. Banknoten 1 L.	20.485G
Franz. Bankn. 100 Fr.	81.25bB
Holländ. Banknoten	169.45b
Italienische Noten	80.75b
Norwegische Noten	—.—
Schwedische Noten	112.30b
Schweizer Banknot.	—.—
Oest. Noten 100 Kr.	85.00b
Russ. Noten 100 R.	216.40b
do. Zoll-Kup. kl.	—.—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120217016/fragment/page=0005
DFG

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,
Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital: 160 Millionen Mark. — Reserven: 32 Millionen Mark.
Provisionsfreie Abgabe in festverzinslichen, erstklassigen Wertpapieren.

Vermischtes.

Einbruch bei Rothschild.

Aus Paris wird gemeldet:

In dem weitberühmten historischen Schlosse des Barons Edouard de Rothschild in Ferrières (Departement Seine et Marne) ist ein verwegener Einbruchdiebstahl verübt worden. Die Diebe raubten nicht nur Silber und andere Wertgegenstände in Höhe von 350 000 Franks, sondern vernichteten auch ein Gemälde, das Baron Rothschild für 200 000 Franks erstanden hatte, indem sie es in kleine Teile zerschnitten. Auch kostbare alte Möbel im „Fürstensalon" wurden von den Einbrechern zerstört. Wagenspuren, die vor dem Schlosse entdeckt wurden, weisen darauf hin, daß die Diebe in Automobilen gekommen und die Beute weggeschafft haben. Das überaus prächtige Schloß Ferrières war vom 19. September bis 5. Oktober 1870 das Hauptquartier König Wilhelms von Preußen; am 19. und 20. September fanden dort die ersten Friedensverhandlungen zwischen Bismarck und Jules Favre statt, die ergebnislos verliefen.

Die Bergarbeiterkrise in England.

Aus London wird gemeldet: Die Hoffnung, daß in letzter Stunde der Generalausstand der Bergarbeiter noch abgewendet werden wird, erscheint äußerst gering. Der britische Bergarbeiterbund ist in Besprechungen mit der Internationalen Bergarbeitervereinigung eingetreten. Sollte es nicht zu einem internationalen Sympathiestreik kommen, so dürften seitens der ausländischen Bergleute wenigstens, wie s. Zt. schon gemeldet, Maßnahmen getroffen werden, wodurch die Ausfuhr von Kohle aus Deutschland, Frankreich und Belgien nach England unterbunden wird. Sollte auch dieses Mittel nicht genügend Erfolg haben, so wird aller Voraussicht nach der britische Transportarbeiterverband seine Mitglieder dazu verpflichten, vom Augenblick des Streikausbruchs an den Transport von Kohle schlechthin zu verweigern.

Weiter erfahren wir:

Bei der Unterhaus-Adreßdebatte zur Thronrede, die fortgesetzt wurde, wurde ein Antrag der Arbeiterpartei, der zur Verhütung von Arbeiterunruhen für Mindestlohn, Verstaatlichung der Eisenbahnen und Kohlenbergwerke und andere Monopole eintritt, mit 226 gegen 45 Stimmen abgelehnt.

Eisenbahnkatastrophen in Amerika.

Aus Newyork wird uns gedrahtet:

Der Pennsylvania-Schnellzug entgleiste in der Nähe von Altoona bei der kleinen Station Warrior Bridge. Zehn Wagen stürzten einen steilen Damm herunter, wobei vier Reisende tot aus den Trümmern der zerdrückten Wagen hervorgezogen wurden. Soweit bisher zu übersehen ist, sind gegen vierzig Personen zum Teil sehr schwer verletzt worden. Ueber die Ursache der Katastrophe verlautet, daß das Unheil geschah, als der Zug eine starke Steigung bei den Ausläufern der Allegany-Berge zu überwinden hatte. Die Kuppelketten rissen nämlich durch die starke Spannung, und die letzten Wagen rollten mit immer steigender Schnelligkeit zu Tal. Schließlich entgleiste der abwärts rasende Zugteil, und die Wagen wurden durch die Gewalt des Stoßes in- und übereinander geschoben. Die Toten sind grauenhaft verstümmelt; von den Verwundeten dürften noch mehrere sterben.

Auch der Sachschaden ist bedeutend und dürfte mehrere Hunderttausend Mark betragen.

Ein Apparat, der Tote zum Leben erweckt. Zu dem Artikel in Nr. 77 („Vermischtes") schreibt uns ein Leser: Dieser Apparat steht bereits seit längerer Zeit auch in unserer Stadt Halle und in deren Umgebung zum Gebrauch bereit. Er gilt als wirksamster und vollkommenster Wiederbelebungsapparat und wird voraussichtlich im Rettungswesen moderner Bergwerksanlagen noch weiter als bisher eingeführt werden. In der Stadt Halle befindet sich solcher „Pulmotor" in der Rettungsstation der Knappschaftsberufsgenossenschaft (Bergmannstrost) und in der Nähe von Halle auf den Kalisalzbergwerken „Krügershall" bei Teutschenthal, Salzmünde bei Zappendorf und Johannashall bei Beesenstedt.

Ein Militärzug ins Wasser gestürzt. Nach einer Depesche, die aus Mexiko in Newyork eingetroffen ist, wurde die Eisenbahnbrücke im Staate Guerrero von Revolutionären gerade in dem Augenblick in die Luft gesprengt, als ein mit Truppen vollbesetzter Zug über die Brücke fahren wollte. Der Zug stürzte ins Wasser und viele Soldaten ertranken.

Witterungs-Aussichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienststelle Ilmenau, Freitag, 16. Febr., 8 Uhr morg.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Ueber Mitteleuropa hat das azorische Hoch noch zugenommen und zeigt einigen Bestand. Die ozeanischen Depressionen ziehen im Nordwesten und Norden vorüber. Die eingetretene Abkühlung kann zu leichtem Frost führen.

Witterungsaussicht für den 17. Februar:

Vielfach trübe und neblig, zeitweise aufheiternd, trocken, Temperatur nahe dem Gefrierpunkt.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

18. Februar: Milde, bedeckt, trübe, feucht.
19. Februar: Wolkig, teils heiter, milde.
20. Februar: Bewölkt, trübe, milde.
21. Februar: Wolkig, vielfach heiter, schön.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 206,87, Diskonto 191, Deutsche Bank 264,75, Berliner Handelsgesellschaft 173,37, Dresdner Bank 158,62, Commerz- u. Discontobank 116, Russische Anleihe von 1902 91,37, Türkenlose 171,25, Lombarden 18,37, Canada 232,25, Baltimore 105,50, Laurahütte 179, Bochumer Guss 228,62, Gelsenkirchen 205,12, Harpener 198,85, Deutsch-Luxemburg 188,87, Phönix 258,25, A. E.-G. 263,50, Siemens & Halske 239,87, Hamburger Paketfahrt 142,50, Nordd. Lloyd 106,12, Gr. Berl. Strassenbahn 192,13, Aumetz—Friede 191,37, Hansa 217,87. Tendenz: Fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Kieler Schlossbrauerei 3, Berliner Terrain- u. Bauges. 6, Julius Berger 3, Habermann & Guckes 2,25, Adler Fahrradwerke 4,25, Kirchner & Co. 3, Linke Waggon 5, Baer & Stein 6,50, Neue Loschwitzer Kartonnagen 5, Sächs. Kartonnagen-Masch. 3, Schubert & Salzer 3, Vogtländ. Masch. 5, Zeitzer Masch. 5,50, Höchster Farben 2,25, Nitritfabrik 15,50, Rasquin Farbwerke 5, Berl. Eispalast 2,75, Bremer Linoleum 3,50, Deutsche Gasglühlicht 10, Girmes & Co. 2,75, Lindener Weberei 3, Charlottenhütte 3,25, Gebhardt & König 2,25, Rosenthal Porzellan 2,50, Dresdner Gardinen 2,30, Stöhr Kammgarn 3, Kartonnagen-Ind., neue 5 Proz.; niedriger: R. Frister 2,75, Riedel 7, Wittener Stahlröhren 7,75 Proz.

*

Zum Kurszettel. Berlin, 16. Febr. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 100,50B. 4% Bayrische Staats-Anl. 101,75G. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 101,00G. 4% Schwarzburg-Sondershausen —,—,—. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 89,20bG. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile 99,25bG. 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 93,75G. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 —,—,—. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 16 99,90b. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 —,—. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 99,80b. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 —,—,—. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 —,—. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 —,—,—. 4% Quedlinburger Stadt-Anl. 1903 unk. 1918 99,60bG. 4% Thorner Stadt-Anl. 1909 unk. 19 99,40G. 4proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII —,—,—. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. —,—,—. 4½% Deutsche Solvay-Werke 102,80G 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 104,00B. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 08 102,00G. Vereingte Lausitzer Glashütten 357,60bG.

Londoner Börse vom 16. Febr. Es notierten: Engl. Konsols 79,00, Rio Tinto 69,87, Geduld 0,94, Goldfields 3,82, Steel com. 61,87, Steel prefs. 110,75, Rand Mines 6,24, Anaconde 7,32, Eastrand —,—, Chartered 1,43, Aurora West 0,46, Cinderella Deep. 1,03, Johannesburg Goldfields 0,25, Van Ryn 3,15, Albus (Generals) 1,03 Rand Collieries 0,28, West Rand Consols 9/3, General Mining & Fin. 1,03, A. Görz & Co. 0,90, Modderfontain 11,00.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 16. Februar.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Adolfsglück-Aktien	82½	83½	Johannashall	—	5400
Alexandershall	11,800	12,000	Justus-Aktien	90½	91½
Beienrode	7150	7350	Kaiseroda	—	11400
Bismarckshall-Akt.	—	119	Krügershall-Aktien	133½	134½
Burbach	14900	15100	Ludwigshall-Aktien	70	72
Carlsfund	6900	7050	Neusollstedt	3575	3575
Deutsche Kali-Akt.	—	—	Neustassfurt	—	12000
Friedrichshall-Akt.	126	127	Nordhäuser Kali-A.	119	121
Glückauf-Sondersh.	21700	22400	Prinz Adalbert-Akt.	52	53
Grossherz. v. Sachsen	10250	10500	Reichskrone (Lossa)	25	60
Günthershall	5000	5100	Richard	125	175
Hannov. Kali-Aktien	82½	84½	Ronnenberg-Aktien	124½	12[illegible]½
Hansa Silberberg	7700	7850	Rothenberg	3325	3375
Hattorf-Aktien	—	131,00	Sachsen-Weimar	7600	7750
Heiligenroda	9350	9500	Salzdetfurth-Aktien	322	325
Heldburg-Aktien	73	74	Salzmünde	6175	6250
Heldrungen I	1350	1400	Siegfried I	6700	6800
Heringen	6600	6700	Siegmundshall-Akt.	195	198
Hermann II	1825	1925	Teutonia-Aktien	90	92
Hohenfels	7450	7800	Walbeck	5050	6250
Hohenzollern	7150	7300	Wilhelmshall	12300	12600
Hugo	11000	11200	Wintershall	19000	20000
Immenrode	—	5300			

Consolidierte Hallesche Pfännerschaft.

In der jüngsten Sitzung der Deputation der Consolidierten Halleschen Pfännerschaft wurde nach Vorlage des Rechnungsabschlusses für das Geschäftsjahr 1911 beschlossen, der am 4. März cr. stattfindenden ordentlichen Gewerkenversammlung die Verteilung einer Ausbeute von 46 Mk. je Kux wie in den Vorjahren vorzuschlagen und den nach Abzug der nach den bisherigen Grundsätzen festgesetzten Abschreibungen verbleibenden Gewinnrest von 77 918,11 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen.

Reichsbank.

In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank, die vom Präsidenten Havenstein geleitet wurde, gelangte der Zwischenausweis vom 13. Februar sowie der per 15. Febr. abgeschlossene Ausweis zur Verlesung. Der Metallbestand hat in der Zeit vom 7. bis 15. Februar um 49 Mill. Mk. (i. V. um 56 Mill. Mk.) zugenommen. Wechsel und Anlagen weisen einen Zugang von 31 Mill. Mk. (i. V. eine Abnahme um 17 Mill. Mk.) auf. Die fremden Gelder sind um 210 Mill. Mk. (120 Mill. Mk.) gestiegen. Die Notenreserve beträgt 332 Mill. Mk. (397 Mill. Mark).

Einer Diskontermässigung kann, wie Präsident Havenstein ausführte, noch nicht nähergetreten werden, da sich die Verhältnisse seit der letzten Sitzung des Zentralausschusses nicht geändert haben. Die scheinbare Geldflüssigkeit sei verschwunden und die Devisenkurse hätten noch keine wesentlichen Rückgang erfahren. Endlich wurden noch der Geschäftsbericht der Reichsbank, die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung verlesen.

Preussische Central-Bodenkredit-Akt.-Ges., Berlin. Dem Geschäftsbericht für 1911 zufolge war das Angebot an Hypotheken wieder recht reichlich. Auch das Geldbedürfnis der Kommunen war ziemlich gross. Mit der nach Ablehnung der Gründung einer Zentralen Städtebank ins Leben gerufenen Vermittelungsstelle für kommunale Darlehen ist auch das Institut schon in Verbindung getreten. Ob das Projekt der Gründung einer kommunalen Bank für die preussischen Kreise Aussicht auf Erfolg hat, müsse dahingestellt bleiben. Der Zinsüberschuss zeigt eine weitere Steigerung um 473 756 Mk., der Ertrag aus Zinsen, Kursgewinn und Depotgebühren eine solche um 259 352 Mk. An Agio aus 1911 werden 198 967 Mk. weniger in Einnahme gestellt. Dabei wurden aus Obligationenrückkäufen insgesamt 932 371 (i. V. 649 668) Mk. Disagiogewinn erzielt, wovon 600 000 (410 000) Mk. der dadurch auf 3,10 Mill. Mk. anwachsenden Disagioreserve zugeführt wurden. Von dem Rest wurden 292 928 Mark zusammen mit 207 072 Mk., die aus dem Jahresgewinn entnommen wurden, zur Bildung einer Reserve für 1912 verwendet, aus der die Geldbeschaffungskosten des neuen Jahres gedeckt werden sollen. Das entspreche einer Vorsicht, weil die zur Deckung der Unkosten bestimmten Beträge der Bank von den Schuldnern der erworbenen Hypotheken zum Teil bereits gezahlt sind, während die Flüssigmachung der entsprechenden Mittel dem Jahre 1912 vorbehalten sein musste. (Im Vorjahr wurden aus dem Disagiogewinn 221 454 Mk. auf den Effektenbestand abgeschrieben.) 39 444 Mk. vom Disagiogewinn dienten zur Tilgung des beim Verkauf 3½proz. Obligationen entstandenen Disagioverlustes von insgesamt 40 620 Mk. Als Dividende werden, wie schon gemeldet, wieder 9½ Proz. verteilt.

Vereinigte Harzer Kalkindustrie in Elbingerode. Die Generalversammlung genehmigte die Dividende von 5 (i. V. 4) Proz. und beschloss, die Firma in „Vereinigte Harzer Portland-Zement- und Kalkindustrie" zu ändern. Die Verwaltung hofft aus der verbesserten Geschäftslage Nutzen zu ziehen.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 16. Febr. Am Frühmarkt sortierten Weizen inländ. 212,50–213,00 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inländ. 191,00–191,50 ab Bahn und frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussisch., posenscher und schlesischer fein 210–215, mittel 205–209, gering 202–204, russisch. und Donau mittel 202–207, gering 198–201 ab Bahn und frei Wagen. Mais amerikanischer mixed. 187–190, abfallender — — —, runder 186,00–189,00 frei Wagen. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 185,00–190,00, gute 191–202, russische und Donau leichte 181,00–185,00, schwere 186–190 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen inländische und ausländische Futterware mittel 183–189, Taubenerbsen 190–198 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 25,00 bis 29,00. Roggenmehl 0 und 1 22,70–24,70. Weizenkleie 14,25–14,65. Roggenkleie 14,35–14,90.

Hamburg, 16. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen ruhig, Ostholst., Mecklbg., 213–214. Roggen still, Mecklburg. und Pomm., 195–196. Gerste stetig, südruss. 159–160. Hafer ruhig, Holsteiner. — —, Mecklenburger — — —, neuer Holsteiner und Mecklenburger 210 bis 214. Mais ruhig, La Plata — — —, mixed 139, mixed loco 139.

Liverpool, 16. Febr. Roter Winterweizen per März 7,10⅝, per Mai 7,5½. Still. Mais, März 6,11⅛, La Plata Mai 5,10⅝. Still.

Antwerpen, 16. Febr. Deutscher La Platazug. Kontrakt B., per Febr. 5,37½, April 5,32½, Juni 5,30, Aug. 5,27½, Okt. 5,22½ Fr. Umsatz 210,000 kg. Bhpt.

Pest, 16. Febr. Weizen per April 11,82 G., 11,83 B., Mai 11,73 G., 11,74 B. Roggen per April 10,57 G., 10,58 B. Hafer per April 10,27 G., 10,28 B. Mais per Mai 8,91 G., 8,92 B., per Juli 8,81 G., 8,82 B., per Aug. —,— G., —,— B. Raps Aug. 15,65 G., 15,75 B.

Zucker.

Hamburg, 16. Febr. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88%, Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends	
per Februar	16,15	16,22½	16,25	M.
„ März	16,35	16,35	16,35	„
„ April	16,42½	16,40	16,45	„
„ Mai	16,67½	16,52½	16,55	„
„ August	16,75	16,62½	16,65	„
„ Okt.-Dez.	11,90	11,87½	11,90	„
	fest	ruhig	behauptet	

Kaffee.

Hamburg, 16. Febr. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	65 G.	64¾ G.	64¾ G.
„ Mai	65¼ G.	65¼ G.	65¼ G.
„ September	65½ G.	65¼ G.	65¼ G.
„ Dezember	65 G.	64¾ G.	64¾ G.
	behauptet	ruhig	ruhig

Havre, 16. Febr. Kaffee good average Santos per März 81½, per Mai 80, per Sept. 79¾, per Okt. 79¼. Still.

Rio de Janeiro, 16. Febr. Kaffee-Zufuhren 7,000 Sack in Rio 9,000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Magdeburg, 16. Febr. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 33,50–34,00. Fest.

Berlin, 16. Febr. Kartoffelmehl und -Stärke 33,75. Feuchtes Kartoffelmehl —,—.

Fettwaren und Oele.

Originalbericht von Gebr. Gause.

Berlin, 14. Februar.

Butter: Die bessere Nachfrage hat nachgelassen und genügten die Zufuhren inländischer Butter reichlich zur Deckung des Bedarfs. Das Ausland ist unverändert fest und lassen Bezüge von dort keine Rechnung. Für sibirische Butter sind die Preise nach wie vor hoch. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qualität 141—143 Mk., do. IIa Qualität 137—141 Mk. — Schmalz: Grosse Schweinezufuhren, denen nicht genügende Kauflust gegenüberstand, liessen im Zusammenhang mit den matten Getreidemärkten Fettwaren in schwächerer Tendenz verkehren, wobei die Preise jedoch nur wenig nachgaben. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 53,25—53,75 Mk., amerik. Tafelschmalz Borussia 55,50 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 54,75—62 Mk., Berliner Bratenschmalz Kornblume 55,25—62 Mk. — Speck: Fest.

Hamburg, 16. Febr. Stadtschmalz 54,00. amerik. Steam 44,50, Chamberlain 46,00.

Köln, 10. Febr. Rüböl loko 68,50, per Mai 65,00.

Chemische Produkte.

Hamburg, 16. Febr. Chilisalpeter per loko 10,07½, Febr.-März 9,85 frei Fahrzeug Hamburg. Still.

Wolle.

Bremen, 16. Febr. Baumwolle fest. Upl. loko middl. 54,00 Pfg.

Liverpool, 16. Febr. Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, Import 42000 Ballen, davon Amerikaner 26300 Ballen.

Alexandria, 16. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 16,22, Mai 16,21, Nov. 16,16.

Liverpool, 16. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 8,52.

Metalle.

London, 16. Februar. Chili-Kupfer stetig 63, Mon. $63\frac{11}{16}$. Zinn Straits stetig 195, 3 Mon. 191½. Blei span., fest $15\frac{7}{16}$, engl. $16\frac{1}{16}$. Zink, gewöhnl. Marke, ruhig 26⅝, spez. Marke 27¼.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	16.2.	15.2.	Chicago.	16.2.	15.2.
Weizen p. Mai	105⅝	105¾	Weizen p. Mai	101⅜	101⅞
„ „ Juli	100½	101	„ „ Juli	95¼	95½
Mais prompt	72½	72½	Mais p. Mai	68⅛	68⅜
„ p. Mai	—	—	„ „ Juli	67⅝	68
Mehl Spring clears	4,30	4,30	Hafer p. Mai	52½	52½
Kaffee Fair Rio Nr. 7	14¼	14¼	„ „ Juli	47⅞	48
„ p. Febr.	13,14	13,15	Roggen prompt	93	93
„ p. März	13,17	13,20	Schmalz p. Juli	9,35	9,17½
Petroleum in Cases	9,90	9,90	„ „ Mai	9,30	9,17½
do. in New York	8,10	8,10			
do. in Philadelphia	8,10	8,10			

Tendenz: Weizen stetig. Mais stetig.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	15. Febr.	+0,50	16. Febr.	+0,50	—	10
Nebra, Oberpegel	„	+1,80	„	+1,90	—	—
„ Unterpegel	„	+1,30	„	+1,26	4	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,48	„	+2,48	—	—
„ Unterpegel	„	+0,48	„	+0,46	2	16
Trotha	16.	+1,70	16.	+1,86	—	—
Alsleben, Oberpegel	15.	+2,36	16.	+2,36	—	6
„ Unterpegel	„	+1,14	„	+1,20	—	16
Bernburg	„	+0,80	„	+0,96	—	5
Kalbe, Oberpegel	„	+1,48	„	+1,53	—	12
„ Unterpegel	„	+0,54	„	+0,66		

Iser. Eger. Elbe. Moldau.

	Febr.		Fall	Wuchs		Febr.		Fall	Wuchs
Jungbunzl.	16.	+0,11	1	—	Wittenberg	16.	+1,78	—	5
Laun	„	+0,33	—	26	Rosslau	„	+1,23	—	2
Budweis	„	—0,10	4	—	Barby	„	+1,84	—	9
Prag	„	+0,50	—	35	Schönebeck	„	+2,23	—	9
Pardubitz	„	+0,62	—	15	Magdeburg	„	+1,64	—	6
Brandeis	„	+0,81	—	6	Tangermde.	„	+2,06	—	8
Melnik	„	+0,08	—	12	Wittenbrge.	„	+2,00	—	5
Leitmeritz	16	+1,49	—	29	Dömitz	15.	+0,62	—	—
Aussig	„	+0,55	23	—	Boizenburg	„	+0,48	8	7
Dresden	„	—1,16	2	—	Hohnstorf	16.	+0,80	—	4
Torgau	„	+2,18	—	43	Lauenburg	„	+0,76	—	

Aussig, 16. Februar. Pegelstand plus 50 cm. Vom Oberlauf werden 137 cm Wuchs gemeldet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120217016/fragment/page=0006